

# Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4 **OB-Barometer 2019**  
Stadtspitzen setzen Priorität  
auf bezahlbaren Wohnraum
- 6 **Forschung & Publikationen**  
Umweltgerechtigkeit in  
Kommunen realisieren
- 21 **Neue Projekte**  
Bildung für die  
Nachhaltigkeit
- 28 **Veranstaltungen**  
ÖPNV und Digitalisierung

## Editorial

### Sonderthema

- 4 Stadtspitzen setzen Priorität auf bezahlbaren Wohnraum

### Forschung & Publikationen

- 6 Umweltgerechtigkeit in Kommunen realisieren: Welche Wege gibt es?
- 7 Difu-Toolbox Umweltgerechtigkeit bietet praktische Hilfe für Kommunen
- 8 Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau
- 9 Regionalwirtschaftliche Effekte der Energiewende
- 10 Parkraummanagement bringt Vorteile für alle Seiten
- 11 Mobilitätsmanagement für die Bundesverwaltung
- 12 Mobilitätsstationen in der kommunalen Praxis
- 13 Mobilität nachhaltig planen: Erfolge und Hindernisse in deutschen Städten
- 15 Sozialer Zusammenhalt in den Städten entsteht nicht von allein

### Neue Projekte

- 21 Bildung für die Nachhaltigkeit
- 21 SDG-Indikatoren für Kommunen

- 22 Kinder und Sicherheit
- 22 Soziokulturelle Quartiersprojekte
- 23 Kommunale Bodenpolitik
- 23 Gewerbegebiete klimafest machen

### Veranstaltungen

- 24 Veranstaltungsvorschau
- 25 Demografischer Wandel: Alle Probleme gelöst?
- 26 Unkonferenz zum kommunalen Klimaschutz: Teilgeben statt -nehmen
- 27 Energie, Architektur und Baukultur in Einklang bringen
- 28 ÖPNV und Digitalisierung – Nutzen der Vernetzung und Automatisierung
- 29 Auf dem Weg zu einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe
- 30 Krefeld – Seidenstadt am Rhein

### Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich eine Mobilitätsstation?
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwanderer
- 20 Difu-Informationen/Angebote/Impressum
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Difu-Inter-/Extranet
- 35 Difu-Mediennachlese

# Editorial



Fotos: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Bauen, bauen, bauen!“ lautet momentan allerorten das Credo. Ist der Wohnraum-  
mangel in Deutschlands Städten tatsächlich so eklatant oder wird er durch den  
Medienhype nur extremer wahrgenommen? Das Difu hat diejenigen befragt, die  
es wissen müssen, die (Ober)Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister deutscher  
Städte. Denn immerhin leben drei Viertel der Menschen in Deutschland in Städten,  
im Jahr 2030 werden es voraussichtlich sogar rund 80 Prozent sein.

Die Ergebnisse des neuen „OB-Barometer 2019“ des Difu belegen eindrucks-  
voll, dass das Thema Wohnen kein Medienhype ist: Aus Sicht der Stadtspitzen  
ist es das Thema mit dem derzeit dringendsten Handlungsbedarf. Es folgen die  
Handlungsfelder Mobilität und Digitalisierung. Die ausführlichen Ergebnisse des  
OB-Barometers präsentieren wir Ihnen in diesem Heft.

Zu den genannten und vielen weiteren aktuellen und wichtigen Themen arbeitet  
das Difu derzeit in seiner Forschung und Fortbildung, was die Beiträge im aktuel-  
len Berichte-Magazin verdeutlichen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und grüßen herzlich

**Prof. Dr. Carsten Kühl**  
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

**Dr. Busso Grabow**  
Geschäftsführer

# Difu-Umfrage: Stadtspitzen setzen Priorität auf bezahlbaren Wohnraum

Aktuelle Jahresumfrage „OB-Barometer 2019“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) zeigt gegenüber dem Vorjahr deutliche Trendverschiebungen in kommunalen Handlungsfeldern.

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums steht derzeit ganz oben auf der Agenda deutscher Städte. Mit deutlichem Abstand belegen die Handlungsfelder Mobilität und Digitalisierung Platz 2 und 3 der im Januar/Februar 2019 durchgeführten Difu-Städteumfrage. Das in der Vorgängerbefragung noch auf Platz 1 gelistete Thema Integration belegt aktuell nur noch Platz 6. Wichtigstes Zukunftsthema ist für die Stadtspitzen das gesamte Spektrum der Digitalisierung. In diesen drei Handlungsfeldern – ebenso wie zur Finanzsituation – erwarten die Städte eine bessere Unterstützung durch Bund, Länder und die EU. Regional unterscheiden sich die Einschätzungen der Stadtspitzen hinsichtlich der jeweiligen Dringlichkeit von Handlungsfeldern: Süddeutsche Städte messen den Themen Wohnen und Mobilität die höchste Brisanz zu. Städte im Westen leiden vielfach unverändert unter ihrer schwierigen Finanzsituation. Ostdeutsche Städte sehen vor allem bei Arbeitsplätzen und Infrastruktur große Handlungsnotwendigkeiten.

Dies sind einige der Ergebnisse des aktuellen „OB-Barometer 2019“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), einer seit 2015 durchgeführten Befragung der (Ober)Bürgermeisterinnen und (Ober)Bürgermeister großer deutscher Städte. Gefragt wird nach aktuellen und künftigen Aufgabenschwerpunkten, um Veränderungen frühzeitig zu erkennen und darauf reagieren zu können. Die befragten Stadtspitzen benennen dabei u.a. die aktuell wichtigsten Aufgabenfelder der eigenen Stadt, sie prognostizieren künftige Prioritätensetzungen und bewerten, inwiefern sich kommunale Rahmenbedingungen in verschiedenen Bereichen ändern müssen.

Die Stadtspitzen sind sich bei der Frage „Was sind derzeit die wichtigsten Aufgaben in Ihrer eigenen Stadt?“ einig: Wohnungsbau und die Schaffung (bezahlbaren) Wohnraums haben aktuell die höchste Priorität in der jeweils eigenen Stadt. Das Thema hat in den vergangenen vier Jahren für die Befragten stetig an Dringlichkeit gewonnen und wird nun von 66 Prozent als eine der wichtigsten Aufgaben benannt. Darüber hinaus beschäftigen Fragen der Mobilität und Digitalisierung die Stadtspitzen am meisten – ein Trend, der sich in den vergangenen Jahren bereits ankündigte. Die Topthemen der Städte spiegeln sich in den politischen

Diskussionen der letzten Monate zwischen Kommunen, Ländern und Bund: Soziale Wohnraumförderung, Feinstaubbelastung und mögliche Fahrverbote sowie Breitbandausbau und „Smart City“. Bemerkenswert ist, dass die TOP 3 – Wohnen, Mobilität und Digitalisierung – in genau dieser Reihenfolge von den Stadtspitzen aller Städte genannt wurden, unabhängig von ihrer Größe, mit besonders hoher Brisanz in den großen Ballungskernen.

Bei fiskalischen Fragen zeigt sich im Vergleich zu den Vorjahren insgesamt eine Entspannung. Das Thema verliert etwas an Bedeutung. Nur ein Viertel der Stadtspitzen benennt in der aktuellen Umfrage fiskalische Fragen als eines der wichtigsten Handlungsfelder. Dabei gibt es allerdings deutliche Unterschiede: In den Ländern mit den höchsten kommunalen Altschulden und Kassenkrediten, in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland sind für 35 Prozent der Stadtspitzen Fragen zu Haushaltskonsolidierung und Finanzlage besonders bedeutend. In den Städten der finanzstarken Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen sind Finanzfragen derzeit nur für elf Prozent der Befragten wichtig. Für die Stadtspitzen in diesen Städten ist jedoch das Thema Mobilität mit 66 Prozent sehr viel wichtiger (bundesweit 44 Prozent), sicher auch eine Folge der wahrgenommenen „Wachstumsschmerzen“ vieler Ballungsräume im Süden der Republik.

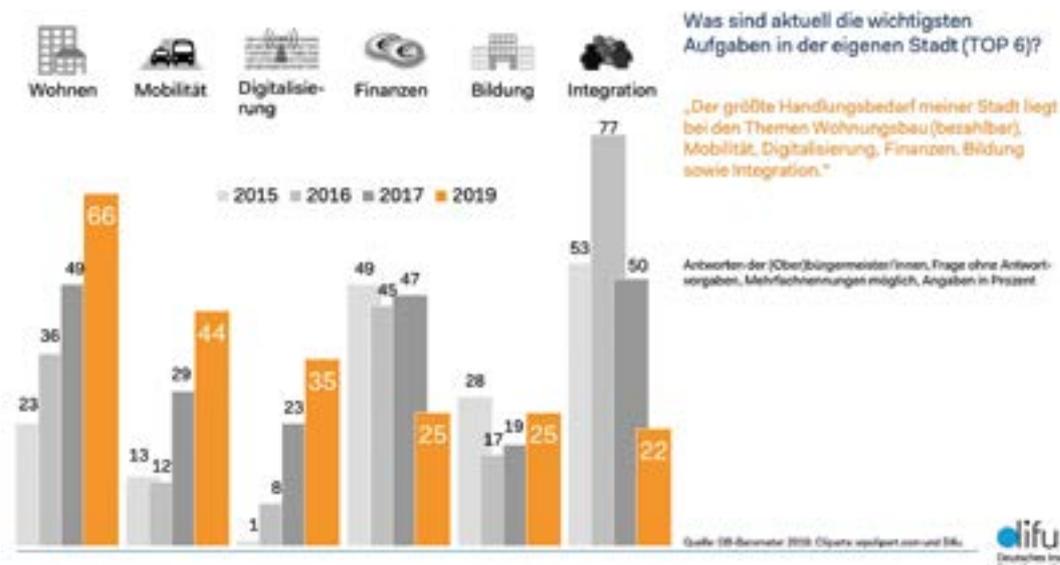
Die größte Veränderung in der Einschätzung der befragten Stadtspitzen lässt sich bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern beobachten – und sie betrifft alle Städte: War das Thema in den OB-Barometern von 2015 bis 2018 noch absolutes Topthema – 2016 gab es mit 77 Prozent einen absoluten Spitzenwert –, so benennen es in der diesjährigen Befragung nur noch 22 Prozent als eines der wichtigsten Handlungsfelder. Dies ist sicher auch eine Folge der deutlich zurückgegangenen Flüchtlingszahlen.

Bei der Einschätzung der Zukunftsthemen waren sich die Stadtspitzen einig. Auf die Frage „Welche Themen werden künftig für die Städte an Bedeutung gewinnen?“ war „Digitalisierung“ ganz klar das Aufgabenfeld, das in naher Zukunft den größten Bedeutungszuwachs im kommunalen Handeln haben wird. 55 Prozent der Befragten nannten



Prof. Dr.  
Carsten Kühl  
+49 30 39001-214  
kuehl@difu.de

Dr. Busso Grabow  
+49 30 39001-248  
grabow@difu.de



es als das kommunalpolitische Thema, das in den kommenden fünf Jahren an Bedeutung gewinnen wird. Damit wird Digitalisierung zum zweiten Mal in Folge zum wichtigsten Zukunftsthema für die deutschen Städte – und diesmal mit noch höherem Ergebnis. Das Thema Mobilität nimmt wie im Vorjahr bei relativ unveränderter Nennung (44 Prozent) den zweiten Platz ein. Auch Wohnen wird weiterhin eine hohe Bedeutung behalten – davon gehen 39 Prozent der Befragten aus. Das Thema des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird gegenüber allen Befragten der Vorjahre deutlich öfter als Zukunftsthema genannt, während es in der Umfrage nach den aktuellen Aufgaben in der eigenen Stadt (noch) nicht unter den wichtigsten Themen rangiert.

Weiterhin unzufrieden sind die Stadtspitzen mit den Rahmenbedingungen für die Kommunen, was die Verkehrspolitik und den Infrastrukturausbau betrifft. Auf die Frage „In welchen Bereichen müssen die Rahmenbedingungen für Kommunen verbessert werden“ wünschen sich 70 Prozent von Ländern, Bund oder EU einen besseren Handlungsrahmen – hinsichtlich der Gesetzgebung, der Fördermittel oder der finanziellen Möglichkeiten. Wenngleich die fiskalischen Fragen aktuell nicht mehr in allen Städten die herausgehobene Bedeutung haben wie in Vorjahren, so sehen nach wie vor 65 Prozent der Befragten eine bessere Unterstützung der Finanzpolitik als „sehr wichtig“ an. Vor allem die Kommunen in den Bundesländern mit sehr hohen Altschulden (NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland) und die ostdeutschen Städte, die Finanzfragen auch als drängendste Herausforderungen in ihrer eigenen Stadt genannt haben, wünschen sich hier eine bessere Unterstützung durch Länder, Bund und EU. Mit ähnlichem Nachdruck wird mehr Unterstützung in den Bereichen Städtebau/Wohnen sowie Digitalisierung gefordert. Das Thema Flüchtlinge/Integration tritt auch hier inzwischen erkennbar wieder in den Hintergrund. Es rangiert nur noch an

achter Stelle. Noch 2015 war es für 80 Prozent der Stadtspitzen sehr wichtig, dass sich hier die Rahmenbedingungen verbessern. Gemeinsam mit der Finanzpolitik, die 77 Prozent der Befragten nannten, rangierte der Wunsch nach besseren Rahmenbedingungen zur Bewältigung der Flüchtlingspolitik mit einem Rekordwert damals an erster Stelle. Vermutlich trägt die abnehmende Zahl Geflüchteter ebenso wie die inzwischen vereinbarten Zahlungen des Bundes an Kommunen dazu bei, dass die Forderungen der Kommunen nach besseren Rahmenbedingungen hier zurückgegangen sind.

Trotz vieler Gemeinsamkeiten zeigt das OB-Barometer 2019 unterschiedliche Blickpunkte in Abhängigkeit von der regionalen Lage der Städte. Die Rangfolge der wichtigen Themen ist zwar häufig ähnlich, in der Dringlichkeit gibt es aber deutliche Abweichungen. Beispielsweise sehen die Städte im Süden bei den Themen Wohnen (79 Prozent) und Mobilität (66 Prozent) am häufigsten hohen Handlungsbedarf, weitaus öfter als bei den Städten im Westen (Wohnen 57 Prozent, Mobilität 32 Prozent). So wird auch im Süden die stärkste Forderung nach verbesserten kommunalen Rahmenbedingungen für die Verkehrspolitik laut. Umgekehrt ist die Finanzsituation für viele Städte im Westen (35 Prozent) ein zentrales Thema – und sie fordern auch nachdrücklich bessere Unterstützung durch Bund, Länder und EU ein –, während nur 15 Prozent der Städte im Norden und elf Prozent der Städte im Süden diesem Thema herausgehobene Bedeutung zumessen. Dass Digitalisierung, zu der auch Breitbandausbau, E-Government und „Smart City“ gehören, ein Zukunftsthema ist, das Städte unabhängig von regional und strukturell unterschiedlichen Voraussetzungen betrifft, ist nicht erstaunlich. Egal ob nord, süd, ost oder west: Jede/jeder Dritte der befragten Stadtspitzen zählt das Thema zu den derzeit wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen in der eigenen Stadt.

## Hintergrund

Das OB-Barometer des Difu ist eine jährlich durchgeführte Befragung der (Ober)Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister deutscher Städte ab 50.000 EW – unterstützt vom Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund. Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen Telefonbefragung, die in diesem Jahr im Januar/Februar vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap durchgeführt wurde. Die Umfrage wurde statt zum Jahresende 2018 im Januar/Februar 2019 durchgeführt, weshalb es in den Zeitreihen keine Daten für das Jahr 2018 gibt. 134 der 190 eingeladenen Stadtspitzen beteiligten sich. Dies entspricht der guten Teilnahmequote von 71 Prozent.

## Weitere Daten und Einzelergebnisse:

➔ [difu.de/12580](https://difu.de/12580)

# Umweltgerechtigkeit in Kommunen realisieren: Welche Wege gibt es?

Die drei Pilotkommunen Kassel, Marburg und München haben erprobt, wie Kommunen Umweltgerechtigkeit in der Praxis umsetzen können. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat sie dabei wissenschaftlich begleitet.



Die Pilotkommunen prüften, welche program-matischen, strategischen und instrumentellen Möglichkeiten bereits bestehen, um für mehr Umweltgerechtigkeit zu sorgen. Weiter galt es herauszufinden, wie mehrfach belastete Gebiete identifiziert werden können, welche Maßnahmen geeignet sind, um mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen und wie sich Umweltgerechtigkeit in Poli-tik und Verwaltung verankern lässt. Die Ergebnisse wurden in der Reihe „Umwelt & Gesundheit“ des Umweltbundesamtes veröffentlicht, das das For-suchungsvorhaben auch förderte.

Fazit: Es gibt nicht „den einen Weg“, um Umwelt-gerechtigkeit in der eigenen Stadt zu implemen-tieren. Die drei Städte stehen für drei „Wege“:

- Weg 1: „Analyse, Konzept und Organisation/ Top-down-orientiert“: Die Stadt Kassel steht für Kommunen, die sich dem Thema Umweltge-rechtigkeit zunächst durch eine intensive Ana-lyse- und Konzeptarbeit auf gesamtstädtischer Ebene nähern. Hier war und ist es ein wichtiges Ziel, in der gesamten Stadt mehrfach belastete Gebiete zu identifizieren und zu analysieren. Zudem ging es darum, vorhandene Progam-me, Konzepte und Planungen in Bezug auf Schnittstellen und Beiträge zum Thema Um-weltgerechtigkeit zu untersuchen und nutzbar zu machen. Dies basiert in Kassel auf einem stark integrativen Organisationsansatz in der Verwaltung. Weitere Konkretisierungen insbe-sondere der Umsetzung in Stadtteilen und/oder Quartieren sind in der Planung.

- Weg 2 – „Umsetzung/Bottom-up-orientiert“: Ganz anders geht die Stadt Marburg mit Um-weltgerechtigkeit um. Hier stand und steht noch immer eine pragmatische Einbettung in die Umsetzung des Programms Soziale Stadt in zwei benachteiligten Quartieren im Mittelpunkt: Umweltgerechtigkeit wird hier im Verbund mit dem Handlungsfeld Gesundheit Teil der inte-grierten Entwicklungskonzepte für die beiden Programmgebiete und damit Grundlage für unmittelbar anstehende Maßnahmen und Pro-jekte. Die damit verbundenen Organisations-strukturen unter Einbindung relevanter Akteure innerhalb und außerhalb von Politik und Ver-waltung sind im Laufe des Prozesses aus dem Arbeitsprozess, also „von unten“ entstanden.
- Weg 3 – „Ausweitung/mittlerer Weg“: In München wird im Vergleich zu Kassel und Marburg ein „mittlerer Weg“ eingeschlagen. Umweltgerechtigkeit wurde hier bereits seit längerer Zeit und vor Projektbeginn in einem fachbereichsübergreifenden Gremium behan-delt und von hier aus in Politik und Verwaltung transportiert (kontinuierliche „Überzeugungs-arbeit“). Auch in Leitbildern, Strategien und Konzepten Münchens sind – wenn auch nicht explizit so benannt – bereits Aspekte von Umweltgerechtigkeit enthalten. Diese werden kontinuierlich weiterentwickelt und in ihrer Be-deutung gestärkt. Ganz konkret wird Umwelt-gerechtigkeit derzeit in ein neues räumliches Planungsinstrument der Landeshauptstadt, die so genannten Handlungsräume, integriert.

Gemeinsam sind jedoch allen drei Städten diese Erfolgsfaktoren für mehr Umweltgerechtigkeit:

- intensive Reflexion über Vorstellungen und Ziele,
- „Rückendeckung“ durch die Kommunalpolitik,
- Nominierung einer „Kümmerer“- bzw. An-sprechperson in der Verwaltung sowie
- geeignete Verfahren der Verwaltungszusam-menarbeit wie ressortübergreifende Gremien auf Steuerungs- und Arbeitsebene.

Die Erkenntnisse und Erfahrungen der Pilotkom-munen sind in die webbasierte „Toolbox Umwelt-gerechtigkeit“ eingeflossen.



[www.difu.de/10312](http://www.difu.de/10312)  
[www.bit.ly/2XIVOMW](http://www.bit.ly/2XIVOMW)



Dipl.-Ing. Christa Böhme  
+49 30 39001-291  
boehme@difu.de

Dr. Thomas Franke  
+49 30 39001-107  
franke@difu.de

Dipl.-Ing. agr.  
Thomas Preuß  
+49 30 39001-265  
preuss@difu.de

# Difu-Toolbox Umweltgerechtigkeit bietet praktische Hilfe für Kommunen

Was bedeutet Umweltgerechtigkeit im Detail? Und wie und mit welchen Akteuren kann sie erreicht werden? Welche Instrumente sind geeignet? Antworten auf diese und weitere Fragen enthält die neue Online-Toolbox Umweltgerechtigkeit des Difu.



Beim Thema Umweltgerechtigkeit geht es darum, gesundheitsrelevante Umweltbelastungen wie Lärm oder Luftschadstoffe in sozial benachteiligten Quartieren und Wohnlagen zu vermeiden und abzubauen. Außerdem soll der Zugang zu gesundheitsfördernden Umweltressourcen – dazu gehören Grün- und Freiflächen – für die Bewohnerschaft erleichtert werden. Dabei spielen verschiedene Themenfelder eine Rolle: Stadtentwicklungsplanung, Gesundheit, Umwelt, Soziales und Beteiligung. Sie müssen zusammengedacht und zusammengebracht werden – von einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure aus Politik, Kommunalverwaltung, Verbänden und natürlich den Menschen vor Ort.

Die Online-Toolbox Umweltgerechtigkeit, die vom Difu mit Förderung des Umweltbundesamtes entwickelt wurde, stellt hierzu Hintergrundwissen, Instrumente und Umsetzungstipps in verschiedenen Formaten bereit: Videos, Checklisten, Praxisbeispiele, vertiefende Texte, Literaturhinweise, Definitionen und Links.

Was ist drin in der Toolbox?

- Argumente für das Engagement einer Kommune, mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen
- Infos über notwendige Schritte einer Kommune

auf dem Weg zu mehr Umweltgerechtigkeit

- Erläuterungen zum Begriff Umweltgerechtigkeit
- Aufschlüsselung hilfreicher bzw. notwendiger Informationsgrundlagen (Daten und Indikatoren, Akteurswissen, Konzepte und Planungen)
- Überblick zu Themen, Maßnahmen und Projekten für Umweltgerechtigkeit in den Handlungsfeldern Lärmschutz, Luftreinhaltung, Freiraumentwicklung, Klimaschutz/Anpassung an den Klimawandel, Mobilität/Verkehr, Umweltbildung, Gesundheitsförderung
- Informationen, wie das Thema in Instrumente wie Stadtentwicklungskonzepte oder Lärmaktionspläne einfließen kann
- Übersicht zu Handlungsmöglichkeiten für Politik, Kommunalverwaltung, Verbände und die Quartiersebene
- Darstellung operativer Kernelemente für die Organisation und Steuerung der Prozesse
- Interview-Clips mit Berichten und Erfahrungen von „Umweltgerechtigkeits-Profis“
- Praxisbeispiele, die zeigen, wie Kommunen vorgehen können, um für mehr Umweltgerechtigkeit zu sorgen
- Checklisten zu einzelnen Themenfeldern als systematische Arbeitshilfen für die Kommunen
- Zusammenstellung relevanter Literatur und Links zum Thema Umweltgerechtigkeit



[www.difu.de/10312](http://www.difu.de/10312)  
[www.bit.ly/2XIVOMW](https://www.bit.ly/2XIVOMW)



**Dipl.-Ing. Christa Böhme**  
 +49 30 39001-291  
 boehme@difu.de

**Dr. Thomas Franke**  
 +49 30 39001-107  
 franke@difu.de

**Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß**  
 +49 30 39001-265  
 preuss@difu.de

# Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau

Die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des „Planungsdialogs Borgholzhausen“ durch das Deutsche Institut für Urbanistik zeigt eindrucksvoll, dass der Planungsdialog sich als ein Format der freiwilligen und frühzeitigen Beteiligung gelohnt bewährt hat.

Die mit der Energiewende verbundenen Ziele treffen bei vielen Menschen in Deutschland grundsätzlich auf Zustimmung. Konkrete Maßnahmen hingegen – sei es im Bereich der Windenergie oder der Stromtrassen – sind oft umstritten, vor allem, wenn sie „vor der eigenen Haustüre“ vollzogen werden sollen. Erhebliche negative Auswirkungen auf die Lebens- und Umweltqualität vor Ort werden befürchtet. Vielerorts bildet sich organisierter Protest. Sprachlosigkeit und Streit dominieren den Umgang zwischen Vorhabenträgern und Öffentlichkeit. Im Ergebnis verzögern sich viele Planungs- und Genehmigungsverfahren und vor allem kleinere Gemeinden sehen sich angesichts der Komplexität der Verfahren und Sachverhalte überfordert.

Kann eine frühzeitige – über Formales hinausreichende – Beteiligung dazu beitragen, produktiv mit den vielfältigen Konflikten umzugehen und abgebrochene Gespräche zwischen unterschiedlichen Interessensgruppen und Verfahrensbeteiligten wieder in Gang bringen? Das Difu hat eine solche Maßnahme näher betrachtet und evaluiert, den „Planungsdialog Borgholzhausen“, der durch die Übertragungsnetzbetreiberin Amprion GmbH initiiert wurde. Mit diesem Beteiligungsverfahren betraten die Vorhabenträgerin und die Öffentlichkeit vor Ort Neuland: Eingesetzt und erprobt wurde ein neues Beteiligungskonzept, das vom Difu wissenschaftlich begleitet wurde. Die Ergebnisse zeigen, dass der Planungsdialog ein gutes Format für freiwillige, frühzeitige Beteiligung ist.

Zur Erprobung des Verfahrens wählte Amprion einen dreistufigen, informellen Dialog, der bei der Planung eines im Rahmen des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) entstehenden Teilausschnitts (Ausbau der Verbindung Nr. 16 Gütersloh – Wehrendorf Bl. 4210 im Stadtgebiet Borgholzhausen) eingesetzt werden sollte. In der 2018 durchgeführten ersten Phase des „Planungsdialogs Borgholzhausen“ ging es vor allem darum, die Planung der Vorhabenträgerin transparent zu machen, lokales Wissen einzubeziehen, neue Wege der Kommunikation zu erproben sowie das unternehmensinterne Kommunikations-Know-how zu erweitern. Besondere Bedeutung kam dabei der Zusammensetzung und damit auch der Auswahl der Teilnehmenden des Planungsdialogs zu.



Foto: Jan Abt

Neben den Ausgewählten eines möglichst vielfältigen Interessenspektrums (Bürgerinitiative, Träger öffentlicher Belange, Verwaltung, Wirtschaft) wurde eine festgelegte Anzahl von Bürger\*innen per Zufallsauswahl (Los) in das Gremium des Planungsdialogs aufgenommen. Insbesondere diese für das Unternehmen neue Art der Auswahl von Beteiligten sowie die Rolle der dadurch involvierten Bürger\*innen stellten einen Schwerpunkt der begleitenden Evaluation dieser ersten Phase dar.

Die Evaluation zeigt, dass die neue Beteiligungsform trotz schwieriger Ausgangslage Wirkung zeigte: Durch den Planungsdialog gelang es, die Kommunikation zwischen unterschiedlichen Akteuren neu in Gang zu bringen und kritische Stimmen einzubeziehen. Zum Erfolg trugen die professionelle, externe Moderation bei, die Mitwirkung bislang nicht involvierter, per Los ausgewählter Bürger\*innen sowie das Engagement unternehmensinterner Fachleute, die bereit waren, im „Machtsphärenraum der Bürgerbeteiligung“ mitzuwirken. Konflikte wurden ausgehalten, Meinungsunterschiede offengelegt, Entscheidungsspielräume für Planungsalternativen eröffnet. Die Ergebnisse des Formats, das regelmäßige, moderierte Treffen im geschützten Raum vorsieht, belegen, Beteiligung ist ein gemeinsamer Prozess, der von allen Transparenz, Konfliktbereitschaft, Durchhaltevermögen und Lernbereitschaft verlangt. Der Planungsdialog illustrierte deutlich, welcher Mehrwert – auch für Vorhabenträger – im aktiven und nicht reaktiven Dialog liegt. Dies klingt einfach, ist aber nicht selbstverständlich und bei weitem nicht übliche Praxis. Es setzt eine entsprechende Haltung zu Kommunikation und Beteiligung voraus.



[www.difu.de/11644](http://www.difu.de/11644)



Dr. Stephanie Bock  
+49 30 39001-189  
bock@difu.de

# Regionalwirtschaftliche Effekte der Energiewende

Die unterschiedliche Verteilung positiver und negativer Auswirkungen kann die lokale Energiewende bremsen, auch bei positiver Gesamtbilanz. Ein Ausgleichsmechanismus könnte ökonomische Potenziale heben und das gesellschaftliche Miteinander stärken.

Die Umsetzung der Energiewende stellt die Gesellschaft vor Herausforderungen – von der Entwicklung effizienter Technologien über den Ausbau von Übertragungsnetzen bis hin zum enormen Kapitalbedarf und der Bereitstellung geeigneter Flächen. Trotzdem werden heute laut Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) deutschlandweit bereits mehr als 36 Prozent des Strom- und 13 Prozent des Wärmebedarfs aus Erneuerbaren Energien (EE) gedeckt. Dabei haben dezentrale Erzeugungsanlagen und damit die lokale Ebene eine besondere Bedeutung.

Viele Städte, Gemeinden und Landkreise sind sich dieser Verantwortung bewusst und begreifen sie als Chance – verspricht doch die lokale Energiewende nicht nur einen Beitrag zum Kli-



maschutz, sondern auch ganz konkrete, vor Ort spürbare Wertschöpfungsgewinne. So auch im Landkreis Ahrweiler in Rheinland-Pfalz: Der Kreistag hat 2011 beschlossen, dass im Landkreis bis 2030 nur noch Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugt und genutzt werden soll. Bis heute tragen EE jedoch lediglich zwölf Prozent zur Energieversorgung bei.

Im Rahmen des durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsprojekts EnAHRgie wurde nach Wegen gesucht, die lokale Energiewende in Ahrweiler und darüber hinaus voranzubringen. Untersucht wurden vom Difu dabei insbesondere die gesetzlichen und raumplanerischen Rahmenbedingungen, die technischen Potenziale, die geografischen Gegebenheiten und das Neben- bzw. Gegeneinander verschiedener Flächennutzungen

im Landkreis. Als besonderes Hemmnis wurden dabei immer wieder die erwarteten negativen Auswirkungen von EE-Anlagen auf die für den Landkreis wichtige Tourismuswirtschaft sowie auf den Wert von Immobilien thematisiert. Das Difu hat diese Aspekte genauer untersucht – die Ergebnisse werden im Sommer als Impulse-Band veröffentlicht. Je nach Ausbauvariante könnte die lokale EE-Erzeugung im Landkreis EnAHRgie-Szenarien zufolge Wertschöpfungseffekte von bis zu 31 Mio. Euro jährlich induzieren.

Für den Landkreis Ahrweiler zeigt sich, dass der Wertschöpfungsrückgang im Tourismusbereich je nach Szenario bis zu einem Drittel der zusätzlichen Wertschöpfung ausmachen kann. Hinzu kommen einmalige Wertverluste bei Immobilien im näheren Umfeld von EE-Anlagen. Gemessen an den Wertschöpfungsgewinnen im gesamten Betrachtungszeitraum bis 2030 in Höhe von bis zu 404 Mio. Euro sind die zu erwartenden Wertverluste der Immobilien von bis zu 33 Mio. Euro nicht zu vernachlässigen. Sie stellen die positive ökonomische Gesamtbilanz für die Region nicht in Frage. Klar wird aber, dass eines der Kernprobleme die Verteilung von Vor- und Nachteilen aus der lokalen Energiewende auf verschiedene Akteure ist. Um die vorhandenen Potenziale für den Klimaschutz und die lokale wirtschaftliche Entwicklung zu heben, bedarf es eines geeigneten Ausgleichs, der möglichst viele an den positiven Effekten der Energiewende teilhaben lässt. Erforderlich ist mehr als die reine Beteiligung in Planungsprozessen. Mit den Wertschöpfungsgewinnen können die durch EEA verursachten Standortnachteile durch gezielte Investitionen – z.B. in soziale Infrastruktur wie ein Gemeindezentrum oder in ökologische Projekte wie die Renaturierung von Wasserläufen – ausgeglichen werden. Auch direkte Kompensationen wirtschaftlicher Nachteile durch Transferzahlungen, die Förderung von Energiesparmaßnahmen oder die Unterstützung von Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe sind möglich. Die Beteiligung beschränkt sich nicht nur auf die Errichtung von EE-Anlagen und endet auch nicht nach der Planungsphase. Der Ausgleich von Vor- und Nachteilen ermöglicht überhaupt erst die Realisierung der Wertschöpfungspotenziale und führt zu einem stärkeren gesellschaftlichen und ökonomischen Miteinander.



[www.difu.de/9880](http://www.difu.de/9880)  
[www.enahrgie.de](http://www.enahrgie.de)



Dr. Stefan Schneider  
 +49 30 39001-261  
 schneider@difu.de

# Parkraummanagement bringt Vorteile für alle Seiten

In vielen Städten ist Parken eines der umstrittensten Themen der Verkehrspolitik. Ein neuer Leitfaden zeigt Argumente auf und gibt Kommunen Tipps für den Umgang mit dem Reizthema „Parken“.

Eine erfolgreiche Mobilitätswende erfordert in den Städten mehr Platz für neue Radwege, Busspuren und Straßenbahntrassen – aber auch für E-Ladesäulen, Lieferzonen oder attraktivere Gehwege. Durch eine Umverteilung des öffentlichen Raums ist es möglich, leistungsfähige Verkehrssysteme mit einer stadtverträglichen Mobilität in Einklang zu bringen. Das Instrument des Parkraummanagements ist hierfür ein zentraler Hebel. Kommunen, die ihn nicht nutzen, werden dabei zusehen müssen, wie sich teilweise bereits heute erkennbare Flächenkonkurrenzen in ihren Straßen weiter verschärfen und städtische Mobilität zunehmend eingeschränkt wird.

Damit Parkraummanagement die Mobilitätswende effektiv unterstützen kann, sind zunächst Vorbehalte zu entkräften und die Datengrundlagen zu verbessern. Häufige Einwände – etwa, dass es zu wenig Parkplätze gebe oder Parkgebühren „Abzocke“ seien – sind mit genauen Blick auf die Fakten leicht zu entkräften. Dafür sind jedoch Daten erforderlich, die zum Beispiel die Parkreserven im öffentlichen Raum und den Leerstand in privaten Garagen und Parkhäusern beziffern.

Erfolgreiches Parkraummanagement nimmt – über die Zentren hinaus – die gesamte Stadt in den Blick: Kleinräumige Lösungen müssen dabei vermieden und Umsetzungsmaßnahmen aufeinander abgestimmt und in kommunalen Zielsetzungen, strategischen Plänen und politischen Beschlüssen verankert werden. Auf dieser Basis können Veränderungen erfolgreich kommuniziert und umgesetzt werden.

Insbesondere bei der gesamtstädtischen Einführung von Parkraumbewirtschaftung sind den Kommunen noch enge rechtliche Grenzen gesetzt. Diese dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass durchaus Handlungsspielräume bei der Einführung von Parkgebühren oder der Umwandlung von Parkplätzen vorhanden sind. Sie werden von den Kommunen bisher noch zu wenig ausgeschöpft. Ein aktuelles Verwaltungsgerichtsurteil aus Wiesbaden (VG Wiesbaden, Urt. v. 5.9.2018 – 4 K1613/15.WI.) bietet den Kommunen hierbei ‚Rückendeckung‘. Laut des Urteils wird die konsequente Reduzierung kostenlosen Parkraums als wirkungsvolle Maßnahme zur



Verringerung der NO<sub>2</sub>-Belastung gewertet. Hier ist der Bund gefordert: Damit Kommunen ihre verkehrspolitischen Ziele einfacher umsetzen können, darf das Straßenverkehrsrecht nicht länger einseitig am Kfz-Verkehr ausgerichtet bleiben, es muss auch den Gesundheits- und Umweltschutz für die Gesamtbevölkerung berücksichtigen. Zudem benötigen Kommunen einen größeren Spielraum bei der Bepreisung von Parkflächen oder beim Verhängen von Bußgeldern.

Kommunen stehen vor einer großen kommunikativen Aufgabe. Sie müssen vermitteln, dass die Mobilitätswende zwar Einschränkungen für den Einzelnen mit sich bringen kann – etwa den Verlust des kostenfreien Parkplatzes vor der Haustür –, vor allem aber schafft sie positive Auswirkungen für die Gesamtbevölkerung und die Stadt als Lebensraum. Vielfach lohnt es sich kurzfristig „Gegenwind“ auszuhalten, um langfristig Lebensqualität und saubere Luft – ganz im Sinne der Generationengerechtigkeit – zu erhalten bzw. verbessern.

Der neue Leitfaden gibt Kommunen Tipps für den kommunikativen und verwaltungspraktischen Umgang mit dem Thema. Viele gute Beispiele motivieren zum Nachahmen. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat den Leitfaden zusammen mit der Agentur tippingpoints im Auftrag von Agora Verkehrswende erarbeitet. Die juristische Beratung steuerte die Berliner Anwaltskanzlei Becker Büttner Held bei. Darüber hinaus flossen auch Erfahrungen aus Kommunalpolitik und -verwaltung ein.



[www.difu.de/12436](http://www.difu.de/12436)



Dipl.-Geogr. Uta Bauer  
+49 30 39001-151  
bauer@difu.de

# Mobilitätsmanagement für die Bundesverwaltung

Ein vom Difu im Auftrag des Umweltbundesamtes erarbeiteter neuer Handlungsleitfaden gibt Tipps, wie die Bundesverwaltung ihre Vorbildrolle aktiver gestalten und Mobilität klimaschonend organisieren kann.

Die Bundesregierung hat mit dem Klimaschutzplan 2050 anspruchsvolle Ziele verabschiedet. Sie verpflichtet sich, auch selbst etwas zum Schutz des Klimas zu tun, indem sie das eigene Verwaltungshandeln nachhaltig gestaltet. Das ist zum Beispiel im Beschluss des „Staatssekretärsausschusses Nachhaltige Entwicklung“ festgehalten. Obwohl für ein Fünftel der klimaschädlichen Treibhausgase verantwortlich, ist besonders der Verkehrssektor bislang seinen Beitrag zu den Klimaschutzziele weitgehend schuldig geblieben. Es braucht ein konsequentes Umsteuern.

Die Bundesverwaltung kann hier eine Vorbildrolle einnehmen, das Verwaltungshandeln des Bundes im Handlungsfeld Mobilität so auszurichten, dass



es möglichst klimaneutral wird. Wo kann man ansetzen? Beschäftigte verursachen Verkehr bei Dienstreisen, Dienstfahrten und bei den Wegen zur Arbeit. Um das, was dazu getan werden kann und muss, sinnvoll aufeinander abzustimmen, gibt es ein bewährtes Instrument: das Mobilitätsmanagement. Auch wenn ein umfassendes Mobilitätsmanagement in der Bundesverwaltung noch lange kein Selbstläufer ist, gibt es bereits positive Maßnahmen, die es weiterentwickeln gilt. Treibhausgas-Emissionen von Flugreisen oder Dienstfahrten mit dem Pkw werden bereits kompensiert.

Dabei ist zu beachten: Jede Behörde hat andere Standortvoraussetzungen und auch spezifische Mobilitätsbedarfe. Die Ministerien in Berlin etwa sind aufgrund der hervorragenden Anbindung an den öffentlichen Nah- und Fernverkehr besser zu

Fuß, mit dem Fahrrad, Bus und Bahn zu erreichen als Standorte auf dem Land. Jede Behörde muss deshalb selbst definieren, wo Handlungsbedarf besteht und welche Handlungsoptionen sie hat.

Die vom Difu erarbeitete neue Broschüre soll in erster Linie:

- Bewusstsein für behördliches Mobilitätsmanagement schaffen,
- handelnde Akteure motivieren, Mobilitätsmanagement in ihren Behörden umzusetzen,
- eine Orientierungshilfe für die Einführung von Maßnahmen bieten und
- handwerkliches „Know-how“ und gute Beispiele in den Handlungsfeldern Beschäftigtenmobilität, Dienstreisen und Fuhrparkmanagement vermitteln.

Der aktuelle gesetzliche Rahmen bietet bisher noch keine ausreichenden Anreize dafür, Klimaschutz praktisch umzusetzen. Der Leitfaden enthält auch hierfür weitere Vorschläge.

Die Ergebnisse des für Bundesverwaltungen konzipierten Leitfadens lassen sich größtenteils auch auf kommunale Verwaltungen übertragen und bieten Hinweise für konkrete Maßnahmen unter anderem:

- Berechnungsformeln für verursachte Treibhausgas-Emissionen des eigenen Fuhrparks und auf Dienstreisen (Flugreisen),
- Optionen einer verwaltungsinternen Parkraumbewirtschaftung als Schlüsselkomponente für die Mobilität auf dem Weg zur Arbeit,
- Änderungsvorschläge für das Bundesreisekostengesetz,
- Informationen zur nachhaltigen Beschaffung von Fahrzeugen und viele gute Beispiele, die sich bereits in anderen Verwaltungen bewährt haben.

Der Leitfaden wird in Kürze kostenfrei online abzurufen sein.



[www.difu.de/12642](http://www.difu.de/12642)  
[www.bit.ly/2YgXNHu](http://www.bit.ly/2YgXNHu)



Dipl.-Geogr. Uta Bauer  
 +49 30 39001-151  
 bauer@difu.de

Thomas Stein, M.A.  
 +49 30 39001-181  
 stein@difu.de

Victoria Langer, M.Sc.  
 +49 30 39001-257  
 langer@difu.de

# Mobilitätsstationen in der kommunalen Praxis

Im Rahmen des vom Bundesumweltministerium geförderten Forschungsprojekts „City2Share“ wurden unterschiedliche Modelle sowie Praxiserfahrungen mit Mobilitätsstationen in München, Bremen, Leipzig und Offenburg verglichen.



Foto: LH München

Seit einigen Jahren entstehen immer mehr Mobilitätsstationen. Zudem können sie beispielsweise über die „Kommunalrichtlinie“ des Bundes gefördert werden. Nachdem die Hansestadt Bremen bereits 2003 die ersten „mobil.punkte“ eröffnet hat, folgen nun immer mehr Kommunen diesem Beispiel, mit teils sehr unterschiedlichen Betreiberkonzepten und Mobilitätsangeboten. Auch am Stadtrand und im Umland spielen Mobilitätsstationen in verkehrsplanerischen Überlegungen eine immer größere Rolle.

Mobilitätsstationen dienen der Angebotsdiversifizierung sowie der Verknüpfung vielfältiger Mobilitätsangebote (s. S. 16). Konkret soll die Multi- sowie Intermodalität gesteigert werden, mit dem Ziel, den privaten Autobesitz und die negativen Begleiterscheinungen zu reduzieren. Die Wirkungsweise und Bedeutung von Mobilitätsstationen wurde bisher jedoch wenig erforscht. Hier knüpft das Forschungsprojekt „City2Share“ an. Kern des Projekts ist die Evaluation der zwischen 2017 und 2019 in Hamburg (drei Stationen) und München (vier Stationen) errichteten Elektro-Mobilitätsstationen. Die Stationen befinden sich in innerstädtischen Quartieren und unterscheiden sich hinsichtlich der Anbindungsqualität an den ÖPNV, der Lage im Quartier, sowie der Art und Anzahl verfügbarer (geteilter) Mobilitätsangebote. Mithilfe der vom Difu koordinierten begleitenden Wirkungs- und Prozessanalyse sollen die Wirkungen von Mobilitätsstationen auf Umwelt, Stadtraum sowie Mobilitäts- und Nutzerverhalten

in den unterschiedlichen Konfigurationen näher beleuchtet und Verbesserungspotenziale im Umsetzungsprozess identifiziert werden.

In einem projektbegleitenden Städtenetzwerk wurden bisherige Erfahrungen diskutiert und in einem Diskussionspapier zusammengefasst.

Neben den Münchener Erfahrungen werden auch Praxiserfahrungen aus mittleren Großstädten wie Bremen und Leipzig sowie der aus der Mittelstadt Offenburg dargestellt. Zentrale Fragen sind u.a.:

- Welche Ziele werden mit den Mobilitätsstationen verfolgt?
- Was sind Mindestanforderungen und -angebote einer Mobilitätsstation?
- Wer betreibt die Mobilitätsstationen? Welche Rolle übernimmt die Kommune, welche das Verkehrsunternehmen?
- Was sind die wichtigsten „lessons learned“ (Hemmnisse, Akzeptanz, Betrieb, Umweltwirkungen)?

Mobilitätsstationen werden in den Kommunen als grundsätzlich sinnvolles Element der Verkehrsplanung gesehen. Weiterer Diskussionsbedarf ergibt sich unter anderem hinsichtlich der Konzeption der Stationen (Rolle des ÖPNV, Ausstattung) sowie in Bezug auf betriebliche und bauliche Aspekte. Konkret standen u.a. Fragen der Flächensicherung und nach effektiven Betreibermodellen im Fokus.



[www.difu.de/12601](http://www.difu.de/12601)  
[www.city2share.de](http://www.city2share.de)  
[www.difu.de/11815](http://www.difu.de/11815)



**Thomas Stein, M.A.**  
 +49 30 39001-181  
[stein@difu.de](mailto:stein@difu.de)

**Dipl.-Geogr. Uta Bauer**  
 +49 30 39001-151  
[bauer@difu.de](mailto:bauer@difu.de)

# Mobilität nachhaltig planen: Erfolge und Hindernisse in deutschen Städten

Das Difu befragte deutsche Kommunen zur Verbreitung und Nutzung kommunaler Verkehrsentwicklungspläne – Sustainable Urban Mobility Plans (SUMP). Die Ergebnisse liegen jetzt als Sonderveröffentlichung vor.



Verkehrsplanung und -forschung befinden sich im Wandel. Die mit Klimaschutz, Flächengerechtigkeit, sozio-demographischem Wandel, Lebensqualität, Ressourcenknappheit oder auch Nachhaltigkeit verbundenen Herausforderungen wirken sich auch auf die kommunale Verkehrsplanung aus. Ziel einer integrierten Verkehrsplanung ist die Steigerung der Lebensqualität und die Sicherung der Mobilitätsteilnahme aller Menschen bei gleichzeitigem Erhalt und Verbesserung der Wirtschaftsleistung der Kommune. Das Thema der integrierten Verkehrsplanung ist in deutschen Kommunen also aktueller denn je.

Auch die europäische Ebene nimmt sich den Herausforderungen kommunaler Verkehrsplanung an, nicht zuletzt um eine Einhaltung der europäischen Klimaziele sicherzustellen. Die von der europäischen Kommission vorangetriebenen SUMP setzen einen strategischen Rahmen für kommunale Mobilitätsplanung, erfordern einen Maßnahmenplan und bauen auf die in Europa gängigen Planungspraktiken auf. Sie beschreiben letztendlich den Prozess der deutschen Verkehrsentwicklungsplanung, haben jedoch einen starken Fokus auf Beteiligungs- und Evaluierungsprinzipien, die Integration aller Verkehrsträger und die Verbesserung der Lebensqualität in Stadt und Umland. Die Kontinuität der Verkehrsplanung wird beim SUMP-Prozess besonders hervorgehoben.

Im Rahmen des EU-Projekts „PROSPERITY – Prosperity through innovation and promotion of Sustainable Urban Mobility Plans“ (Laufzeit 2016 bis 2019) hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) unter anderem eine Umfrage durchgeführt, um zu erfahren wie die Verbreitung und Nutzung von nachhaltigen städtischen Mobilitätsplänen in deutschen Kommunen wirkt und inwiefern diese den Begriff „Nachhaltige Städtische Mobilitätsplanung“ als beschreibend für ihre Planung ansehen. So sollten der Status-quo kommunaler Mobilitätsplanung deutscher Kommunen ermittelt und mögliche Herausforderungen und Potenziale bei der nachhaltigen Mobilitätsplanung identifiziert werden. Im Zeitraum von August 2018 bis März 2019 haben sich insgesamt 71 deutsche Kommunen unterschiedlicher Größe an der bundesweiten Online-Umfrage beteiligt.

Die Veröffentlichung gibt Ergebnisse und Kernaussagen der Umfrage wieder und präsentiert so den aktuellen Stand der integrierten Verkehrsplanung in deutschen Kommunen. Verschiedene Herausforderungen und Barrieren, denen deutsche Kommunen bei der integrierten Verkehrsplanung begegnen, werden dargestellt und mögliche Potenziale für die künftige Entwicklung der Verkehrsplanung in Deutschland identifiziert.



[www.difu.de/12584](http://www.difu.de/12584)  
[www.difu.de/10772](http://www.difu.de/10772)  
[www.difu.de/12346](http://www.difu.de/12346)



**Dr.-Ing.**  
**Wulf-Holger Arndt**  
 +49 30 39001-252  
 arndt@difu.de

**Fabian Drews**  
 +49 30 39001-205  
 drews@difu.de



# Sozialer Zusammenhalt in den Städten entsteht nicht von allein

Wie sich sozialer Zusammenhalt angesichts von Zuwanderung und zunehmender Vielfalt in der Stadtgesellschaft gestalten lässt, darum ging es bei einer Fachtagung in Berlin. Die Tagungsergebnisse sind jetzt dokumentiert und können online abgerufen werden.

Wie lässt sich sozialer Zusammenhalt angesichts von Zuwanderung und zunehmender Vielfalt in der Stadtgesellschaft gestalten? Diese Frage diskutierten über 100 Fachleute aus der kommunalen Praxis, der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sowie der Wissenschaft im Rahmen einer Fachtagung.

Die Zuwanderung von Geflüchteten in den vergangenen vier Jahren war in dieser Dimension neu und stellt bis heute eine Herausforderung dar – vor allem für die Kommunen. Dabei rücken Fragen der längerfristigen Integration in die Gesellschaft ebenso in den Fokus wie die Folgen verstärkter Migrationsbewegungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Integration stellt sowohl Anforderungen an die Zugewanderten als auch an die Stadtgesellschaft. Klar ist auch: Integration gelingt nicht kurzfristig. Deshalb werden Städte und Gemeinden dauerhaft intensiv mit dem Thema befasst sein.

Aus diesem Grund hat das Difu eine Fachtagung in Kooperation mit der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, der Bertelsmann Stiftung und der Robert Bosch Stiftung durchgeführt. Partner waren darüber hinaus der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Die Ergebnisse der Tagung wurden unter dem Titel „(Neu)Zuwanderung bewegt – Sozialer Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft“ dokumentiert und stehen kostenfrei online zur Verfügung. Die Veröffentlichung enthält Begrüßungsworte und inhaltliche Ausführungen der Veranstalter: Prof. Dr. Carsten Kühl, Wissenschaftlicher Direktor des Difu, Stephan Vopel, Direktor Programm „Lebendige Werte“ der Bertelsmann Stiftung und Staatsministerin Annette Widmann-Mauz, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Die Staatsministerin unterstreicht in ihrem Beitrag „Einwanderungsgesellschaft vor Ort gestalten“ den besonderen Stellenwert des Themas „Integration und Wohnen“ im neuen Nationalen Aktionsplan Integration.

Daran schließt sich die Keynote von Prof. Walter Siebel an, der in seinem Beitrag „Sozialer Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft“ drei



Bedingungsfaktoren diskutierte: Ökonomischen Strukturwandel, Kontrollverlust des Staates und Zuwanderung. In seinen Schlussfolgerungen hob Siebel hervor, dass Integrationspolitik in besonderem Maße Stadtpolitik sei, die maßgeblich zwei Adressaten habe: die Zuwanderer und die von Ausgrenzung bedrohte einheimische Bevölkerung.

Suat Yilmaz, Leiter der landesweiten Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren des Landes Nordrhein-Westfalen, erläuterte in seinen Ausführungen, dass Integration konflikthaft sei und sich deshalb die Integrationsarbeit in Richtung eines Integrationsmanagements weiterentwickeln müsse, das die Potenziale der Zuwanderung stärker in den Blick rückt.

Einblicke in unterschiedliche integrationspolitische Fragestellungen und Handlungsfelder geben die Ergebnisse aus den fünf Dialogforen. Sie beleuchten kommunale Strategien gegen Wohnungsnot, die Rolle des Quartiers für Integration und Zusammenleben, die Bedeutung kommunaler Entscheidungstragender, Fragen der Identifikation mit dem Gemeinwesen und zeigen, wie sich die Integrationspotenziale ländlicher Klein- und Mittelstädte darstellen.

Die Ergebnisse von zwei moderierten Debatten mit Akteuren aus der kommunalen Praxis, die Vielfalt zwischen Pragmatismus, Überforderung und Zukunftschance diskutierten, runden die Dokumentation der im Dezember 2018 in Berlin veranstalteten Fachtagung ab.



[www.difu.de/12444](http://www.difu.de/12444)



Dipl.-Soz.  
 Gudrun Kirchhoff  
 +49 30 39001-192  
 kirchhoff@difu.de

# Mobilitätsstation

Begriffe aus der kommunalen Szene,  
einfach erklärt

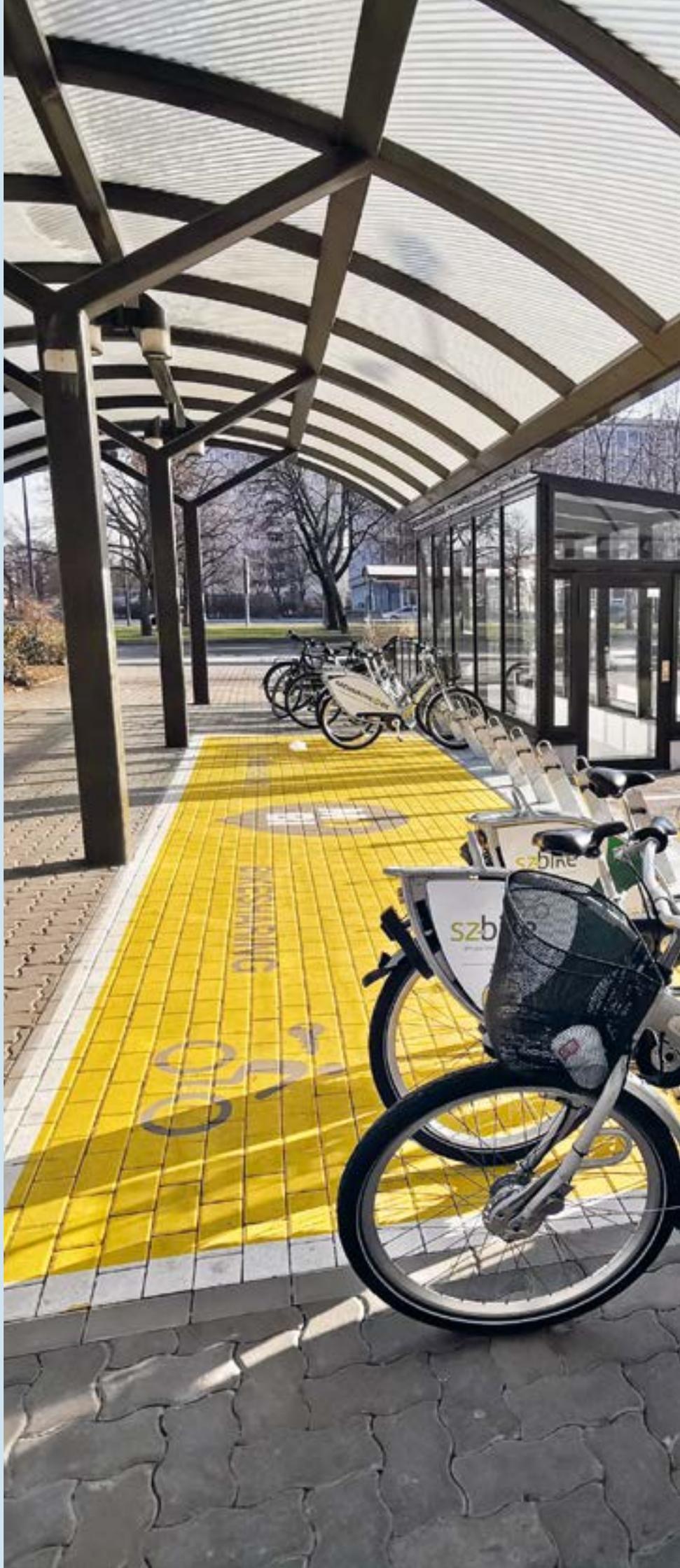
Eine Mobilitätsstation verknüpft verschiedene Mobilitätsangebote an einem Standort. Damit ist das Ziel verbunden, multimodales Verkehrsverhalten zu unterstützen, also den Übergang zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln zu vereinfachen, umweltverträgliche Transportmittel zu stärken und eine Mobilität ohne eigenen Pkw zu ermöglichen. Die ersten Mobilitätsstationen wurden 2003 unter dem Namen „mobil.punkte“ in Bremen eröffnet. Seitdem finden sich solche Stationen nicht nur in Großstädten wie Hamburg, Leipzig oder München, sondern auch in kleineren Städten wie Offenburg. Die Größe der Station, das Design oder das konkrete Mobilitätsangebot variiert von Kommune zu Kommune. Typische Ausstattungselemente von Mobilitätsstationen sind ein Car- und Bikesharing-Angebote, sichere und wettergeschützte Radabstellbügel und Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge sowie die Nähe zu einer Haltestelle des öffentlichen Verkehrs. Auch Aufbewahrungsmöglichkeiten wie Schließfächer oder Umkleiden zum Kleidungswechsel können an Mobilitätsstationen integriert sein. Zu finden sind sie sowohl an großen ÖPNV-Knotenpunkten wie in Wohnquartieren.

---

„Mobilitätsstationen können durch kundenfreundliche Angebote den Umstieg zu einer umweltfreundlichen Mobilität fördern.“

---

Der durch die Digitalisierung erleichterte Zugang zu verschiedenen Mobilitätsangeboten führt zu einem Wachstum neuer Mobilitätsformen, vor allem in Städten. Da deren Bedeutung quantitativ betrachtet bisher noch gering ist, ist zu beobachten, wie und in welchem Umfang Mobilitätsstationen und geteilte Mobilitätsangebote einen Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme in Kommunen leisten können.



Weitere Begriffe online:  
[www.difu.de/6189](http://www.difu.de/6189)

## Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

### Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann, Gudrun Kirchhoff, Ricarda Pätzold, Wolf-Christian Strauss (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 Seiten, kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ [www.difu.de/12236](http://www.difu.de/12236)

### Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.),

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €

ISBN 978-3-88118-584-4

### Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Von Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S.,

vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €

ISBN 978-3-88118-579-0

### Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele –

Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S.,

zahlreiche Abbildungen, 39 €

ISBN 978-3-88118-534-9, eBook 33,99 €

### Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Von Jens Libbe unter Mitarbeit von

Klaus J. Beckmann, 2014, Bd. 13, 212 S., 29 €

ISBN 978-3-88118-529-5

### Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €

ISBN 978-3-88118-508-0, eBook 33,99 €

### Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?

Neue Mobilitätskonzepte

Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß

(Hrsg.), 2013, Bd. 11, 320 S., zahlreiche

Abbildungen, 39 €, ISBN 978-3-88118-521-9

## Difu-Arbeitshilfen

### Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune

4., völlig neu bearbeitete Auflage

von Martin Zilkens, 2014, 208 S.

inklusive Checklisten und Muster, 30 €

ISBN 978-3-88118-536-3

### Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage

A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz,

M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S.,

zahlreiche Satzungsmuster, 29 €

ISBN 978-3-88118-526-4

### Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise

Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz,

Monika Geiß, 2011, 2., aktualisierte Auflage,

224 S., 35 €, ISBN 978-3-88118-498-4,

eBOOK 29,99 €

### Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl,

A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €

ISBN 978-3-88118-486-1

## Difu-Impulse

### Regionalwirtschaftliche Effekte der Energiewende **NEU**

Von Stefan Schneider u.a.

Bd. 2/2019, ca. 70 S., 15 €, eBook 12,99 €,

in Vorbereitung

ISBN 978-3-88118-641-4

### Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau **NEU**

Evaluation „Planungsdialoq Borgholzhausen“

Von Stephanie Bock, Jan Abt, Bettina Reimann

Bd. 1/2019, 98 S., 15 €, eBook 12,99 €

ISBN 978-3-88118-640-7

### Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten

Dokumentation der Fachtagung „kommunal

mobil 2018“ am 7./8. Juni 2018 in Dessau

M. Hertel, T. Bracher, T. Stein (Hrsg.)

Bd. 8/2018, 90 S., 15 €, eBook 12,99 €,

ISBN 978-3-88118-625-4

### Junge Flüchtlinge – Perspektivplanung und Hilfen zur Verselbstständigung

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“ –

Inklusive Kinder- und Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten (Hrsg.), Bd. 7/2018, 188 S., 20 €,

eBook 16,99 €, ISBN 978-3-88118-626-1

### Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert

Das Beispiel der Stadt Köln

Von Stefan Schneider u.a.

Bd. 6/2018, 160 S., 20 €

ISBN 978-3-88118-619-3

### Städtebauförderung in NRW

Erfolgsfaktoren u. Hemmnisse der Beantragung,

Bewilligung u. Abrechnung von Fördermitteln

Von Stefan Schneider, Henrik Scheller, Beate

Hollbach-Grömig, Bd. 5/2018, 78 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-616-2

### Neue Konzepte für Wirtschaftsflächen

Herausforderungen und Trends am Beispiel des

Stadtentwicklungsplanes Wirtschaft in Berlin

Von Sandra Wagner-Endres, Ulrike Wolf und

Daniel Zwicker-Schwarm

Bd. 4/2018, 84 S., 15 €, eBook 12,99 €

ISBN 978-3-88118-614-8

### Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten

Lösungen mit Lastenrädern, Cargo Cruisern

und Mikro-Hubs

Wulf-Holger Arndt und Tobias Klein (Hrsg.)

Bd. 3/2018, 96 S., 15 €, eBook 12,99 €

ISBN 978-3-88118-615-5

## ★ Difu-Papers

### Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme

Von Jens Libbe und Roman Soike

2017, 28 S., 5 €

➔ [www.difu.de/11741](http://www.difu.de/11741)

### Online-Handel – Mögliche räumliche Auswirkungen auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren

Hrsg. Difu, im Auftrag des BBSR

2017, 28 S., 5 €

➔ [www.difu.de/11596](http://www.difu.de/11596)

### Standortfaktoren für Unternehmen – die kommunale Sicht

Ergebnisse auf Grundlage des Difu-Projekts

„Koordinierte Unternehmensbefragung“

Von Detlef Landua, Sandra Wagner-Endres,

Ulrike Wolf, 2017, 40 S., 5 €

➔ [www.difu.de/11597](http://www.difu.de/11597)

## Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

Nach Chronologie: [www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)

Nach Reihen: [www.difu.de/6194](http://www.difu.de/6194)

Nach Thema: [www.difu.de/publikationen/suche](http://www.difu.de/publikationen/suche)

eBooks: <http://difu.ciando-shop.com/info/einside/> – Info für Zuwender: [www.difu.de/10829](http://www.difu.de/10829)

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 3900-1275, Mail: [vertrieb@difu.de](mailto:vertrieb@difu.de)

★ Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwender auch digital.

## Veröffentlichungen

Berichte 2/2019

### Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

#### Neu Maß nehmen!

Zukunftsperspektiven der Vormundschaft AGFJ im Difu (Hrsg.), 2017, Bd. 107, 122 S. 19 €, ISBN 978-3-8811-8-563-9

### Sonderveröffentlichungen (teilweise auch / nur als Download)

#### Guidance on Integration of Shared Mobility Approaches in SUMP **NEU**

Wulf-Holger Arndt et al. 2019, 44 p., forthcoming, online only [www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)

#### Mobilitätsstationen in der kommunalen Praxis **NEU**

Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem BMU-Forschungsprojekt City2Share und weiteren kommunalen Praxisbeispielen T. Stein und U. Bauer (Hrsg.), i.A. des BMU 2019, 42 S., nur online [www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)

#### Ausgezeichnete Praxisbeispiele 2018 **NEU**

Klimaaktive Kommune 2018. Ein Wettbewerb des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Instituts für Urbanistik Difu (Hrsg.), BMU (Förderer) 2019, 83 S., nur online [www.difu.de/12591](http://www.difu.de/12591)

#### Fokus: Klimaschutzfonds, Crowdfunding und Sponsoring **NEU**

Wie alternative Finanzierungswege Klimaprojekte möglich machen SK:KK (Hrsg.) 2019, 16 S., kostenlos [www.difu.de/12587](http://www.difu.de/12587)

#### Mobilität nachhaltig planen **NEU**

Erfolge und Hindernisse in deutschen Städten – Ergebnisse einer Umfrage zu kommunalen Verkehrsentwicklungsplänen Von Wulf-Holger Arndt und Fabian Drews 2019, 58 S., kostenlos [www.difu.de/12584](http://www.difu.de/12584)

#### Sicherheit und Vielfalt im Quartier **NEU**

Herausforderungen für Kommunen und Beispiele aus der Praxis Von Gabriel Bartl, Niklas Creemers, Holger Floeting 2019, 54 S., nur online [www.difu.de/12581](http://www.difu.de/12581)

#### OB-Barometer 2019

Von Busso Grabow und Carsten Kühl, Difu (Hrsg.) 2019, 4 S., nur online [www.difu.de/12578](http://www.difu.de/12578)

#### Mobilitätsmanagement in Bundesverwaltungen **NEU**

Handlungsempfehlungen für die Praxis Von U. Bauer, V. Langer, T. Stein, UBA-Texte 2019 2019, 52 S., im Erscheinen, nur online [www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)

#### Fokus: Workshop-Methoden für die kommunale Praxis **NEU**

Tipps für Klimaschutzaktive SK:KK (Hrsg.) 2019, 16 S., kostenlos [www.difu.de/12534](http://www.difu.de/12534)

#### Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen **NEU**

Abschlussbericht Von C. Böhme, T. Franke, T. Preuß 2019, 133 S., UBA-Bericht 02/2019, nur online [www.difu.de/12522](http://www.difu.de/12522)

#### Fokus: Die ersten 100 Tage als Klimaschutzmanager\_in

Tipps für einen gelungenen Einstieg, SK:KK (Hrsg.) 2019, 16 S., kostenlos [www.difu.de/12511](http://www.difu.de/12511)

#### (Neu)Zuwanderung bewegt. Sozialer Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft

Dokumentation der Fachtagung am 10. Dezember 2018 Von Gudrun Kirchhoff und Andreas Grau 2019, 45 S., nur online [www.difu.de/12444](http://www.difu.de/12444)

#### Parkraummanagement lohnt sich!

Leitfaden für Kommunikation und Verwaltungspraxis Von Uta Bauer u.a., i.A. der Agora Verkehrswende 2019, 72 S., kostenlos [www.difu.de/12436](http://www.difu.de/12436)

#### Umfrage Wirkung der Deutschen Anpassungsstrategie (DAS) für die Kommunen

Teilbericht Von J. Hasse und L. Willen, UBA-Bericht 1/2019, 2019, 149 S., nur online [www.difu.de/12409](http://www.difu.de/12409)

#### Diskurse und Leitbilder zur zukunftsfähigen Ausgestaltung von Infrastrukturen Abschlussbericht

Von Jens Libbe u.a., UBA-Bericht 33/2018 2018, 102 S., nur online [www.difu.de/12403](http://www.difu.de/12403)

#### Gutachten 2017 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber

Von Roman Soike u.a., Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) 2018, 111 S., nur online [www.difu.de/12405](http://www.difu.de/12405)

#### Baukulturbericht 2018/19

Erbe – Bestand – Zukunft Von Daniela Michalski u.a., Bundesstiftung Baukultur (BSBK) (Hrsg.) 2018, 176 S., Bestellung der Printversion nur bei: [mail@bundesstiftung-baukultur.de](mailto:mail@bundesstiftung-baukultur.de) [www.difu.de/12393](http://www.difu.de/12393)

#### Klimaschutz & Gesundheit

Difu (Hrsg.), Bearb. Björn Weber 2018, 72 S., kostenlos [www.difu.de/11998](http://www.difu.de/11998)

#### Geht doch!

Grundzüge einer bundesweiten Fußverkehrsstrategie Von Uta Bauer, Martina Hertel, Lisa Buchmann i.A. des Umweltbundesamts 2018, 55 S., vierfarbig, nur online [www.difu.de/12208](http://www.difu.de/12208)

#### Klimaschutz in Kommunen

Praxisleitfaden. 3. Aufl. Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) 2018, 454 S. ISBN 978-3-88118-585-1 [www.difu.de/11742](http://www.difu.de/11742)

### Zeitschrift

#### Rathausplätze

Moderne Stadtgeschichte MSG, Halbjahresschrift, Heft 1/2019, ca. 160 S. In Vorbereitung Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro

#### Pfade des Urbanen

Moderne Stadtgeschichte MSG, Halbjahresschrift, Heft 2/2018, 152 S.

### ★ Dokumentationen

#### Kommunalwissenschaftliche Dissertationen

Rita Gräber (Bearb.), 2018, 170 S. Einzelband 27 €, Jahresabo 20 € [www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)

#### Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung

Christine Bruchmann, Dorothee Hanke (Bearb.), 2018, 200 S. Einzelband 36 €, Jahresabo 28 € [www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)

### Difu-Jahrbuch

#### Einblicke – Die Jahre 2016 und 2017 im Difu

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) 2018, 84 S. [www.difu.de/12029](http://www.difu.de/12029)



Foto: Doris Reichel

## Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Städte, Verbände und Planungsgemeinschaften

Wichtigste Kooperationspartner des Instituts sind seine Zuwander. Dies sind hauptsächlich Städte, aber auch Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Durch die enge Kooperation mit seinen Partnern sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt an deren Bedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunalrelevanten Gebieten. Für viele Städte ist es aus finanziellen Gründen nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an: Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung und fördert den kommunalen Erfahrungsaustausch durch umfangreiche Serviceleistungen:

### Persönliche Beratung

Verwaltungsmitarbeiter und Ratsmitglieder aus Zuwendungsstädten und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ [www.difu.de/6760](http://www.difu.de/6760)

### Fortbildung

Ob vor Ort oder im Institut in Berlin, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwenderschaft doppelt: Neben stark reduzierten Seminarbeiträgen werden Zuwander auch bei der Vergabe der Seminarplätze begünstigt.

➔ [www.difu.de/6263](http://www.difu.de/6263)

### Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu z.B. als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellstem Stand.

➔ [www.difu.de/projekte](http://www.difu.de/projekte)

### Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßige Treffen an – teilweise exklusiv für Zuwander.

➔ [www.difu.de/6263](http://www.difu.de/6263)

### 24-Stunden-Zugang gratis in die Difu-Datenbanken

Die Online-Recherchen in den Difu-Datenbanken kommDEMOS und ORLIS sind nur für Zuwander kostenfrei. Die Datenbanken ermöglichen den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunalrelevante Umfragen und Literatur – teilweise im Volltext.

➔ [www.difu.de/37](http://www.difu.de/37)

### Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet

Das Difu-Extranet stellt vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Ergebnisberichte über Difu-Fortbildungen samt „virtueller“ Tagungsmappe, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen, Videos sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen.

➔ [www.difu.de/43](http://www.difu.de/43)

### Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander viele Publikationen auch als PDF oder eBook an, teilweise exklusiv und grundsätzlich kostenfrei. Die PDFs können direkt im Difu-Extranet heruntergeladen werden, die eBooks z.B. über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: [www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)

➔ eBook-Bezug: [www.difu.de/10829](http://www.difu.de/10829)

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

### Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ [www.difu.de/6207](http://www.difu.de/6207)



**Sybille Wenke-Thiem**  
Presse- und  
Öffentlichkeitsarbeit  
Difu-Beitritt und Zuwander  
+49 30 39001-208/209  
[wenke-thiem@difu.de](mailto:wenke-thiem@difu.de)

**Dipl.-Pol.  
Patrick Diekelmann**  
Beratung ebooks  
+49 30 39001-254  
[diekemann@difu.de](mailto:diekemann@difu.de)

**Susanne Plagemann  
M.A.**  
Internet/Extranet  
+49 30 39001-274  
[plagemann@difu.de](mailto:plagemann@difu.de)

**Dipl.-Geogr.  
Luise Adrian**  
Fortbildung  
+49 30 39001-149  
[adrian@difu.de](mailto:adrian@difu.de)

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von Deutsches Institut für Urbanistik Zimmerstraße 13-15 10969 Berlin www.difu.de

Redaktion Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) unter Mitarbeit von Vera Gutofski, Luisa Sophie Müller, Louis Milan Speer

Grundgestaltung/CD 3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout Vera Gutofski

Fotos Großfoto von S. 16: Qimby (Martin Randelhoff) https://qimby.net/user/Frorider Fotos ohne Copyright-Angabe: www.pixabay.com. Herzlichen Dank an alle Fotografierenden sowie an die Plattformen für die kostenfreie Bereitstellung des Bildmaterials!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler Difu-Pressestelle Tel. +49 30 39001-208 Fax +49 30 39001-130 pressestelle@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise Jahrgang 45/vierteljährlich ISSN 1439-6343 Stand: 3.6.2019

Druck H. HEENEMANN GmbH & Co. KG, Berlin. Gedruckt auf umweltfreundliches Papier. Holz aus nachhaltigen und kontrollierten Quellen. Frei von Schwermetallen.

Abdruck Frei, bei Nennung der Quelle. Belegexemplar/-Link/-PDF bitte an die Difu-Pressestelle.

Kostenfreie Difu-Angebote

Presseverteiler

Die Pressemitteilungen informieren über medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut. www.difu.de/6674

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenlos zum Download auf der Difu-Homepage zur Verfügung. Andere können als Printexemplare oder eBooks käuflich erworben werden. www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie

Im Wintersemester findet monatlich die gebührenfreie Veranstaltungsreihe „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ statt, die sich zu jedem Termin mit einem anderen aktuellen Thema zur Zukunft der Städte befasst. www.difu.de/difu-dialoge

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Monatlich informiert der kostenfreie E-Mail-Dienst „Difu-News“ über interessante neue Inhalte auf der Difu-Homepage. www.difu.de/newsletter

Difu-Magazin Berichte

Vierteljährlich informiert das Difu-Magazin Berichte u.a. über Forschungsergebnisse, Standpunkte, neue Publikationen, neue Projekte und Veranstaltungen.

Berichte lesen, Umwelt schonen und Platz sparen? Die Berichte gibt es auch digital. Das Online-Archiv reicht zurück bis zum Heft 1/1996. Tragen Sie sich einfach unter www.difu.de/6674 ein und geben unter Sonstiges „Berichte digital“ ein. Nach dem Erscheinen eines neuen Hefts erhalten Sie eine Mail mit dem Link zum Heft (PDF). Das Archiv finden Sie auch stets unter www.difu.de/d100718 www.difu.de/publikationen/difu-berichte.

Facebook

Über Facebook postet das Difu nahezu täglich „teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut bzw. zu aktuelle kommunalrelevanten Themen. www.facebook.com/difu.de

Ich interessiere mich für die Difu-Zuwenderschaft für Städte und Verbände. Bitte schicken Sie mir dazu nähere Infos an:

Name
Stadt/Verband
Straße, Nr.
Land, PLZ, Ort
Telefon/Fax
E-Mail
Anmerkungen

## Bildung für die Nachhaltigkeit

Untersuchung zur Verankerung von Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) in Kommunen durch Fallstudien guter Praxis.

Bildung für die Nachhaltigkeit



[www.difu.de/12448](http://www.difu.de/12448)



Dr. Jasmin Honold  
+49 30 39001-200  
[honold@difu.de](mailto:honold@difu.de)



Durch das Weltaktionsprogramm Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) unterstützt die UNESCO die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Vereinten Nationen. Als transformatives Bildungskonzept zielt BNE darauf ab, Lernende mit den für eine nachhaltige Entwicklung wichtigen Kompetenzen auszustatten. Um diesen Entwicklungsprozess zu beschleunigen, gilt es, die Aktivitäten in allen Bildungsbereichen zu intensivieren. Kommunen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, sie sind nicht nur Träger von Schulen und Bildungseinrichtungen. Sie erfüllen auch eine Vorbildrolle, da sie auf vielfältige und unmittelbare Weise das alltägliche Leben prägen.

Im Projekt „Fallstudien guter Praxis der BNE-Verankerung in Kommunen“, das im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert wird, untersucht das Difu beispielhaft zehn Kommunen. Im Projekt werden mithilfe qualitativer und quantitativer Analysen gute Praxisbeispiele ermittelt und in Form von Fallstudien aufbereitet. Zudem gilt es, in den ausgewählten Kommunen fördernde und hemmende Faktoren zu identifizieren, die die Verankerung von BNE in den bestehenden Strukturen von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft der Kommunen beeinflussen.

Ziel ist es, künftig weitere Kommunen zu eigenen BNE-Aktivitäten bzw. deren Ausweitung anzuregen. So soll ein Beitrag zur langfristigen und strukturellen Verstetigung derartiger Anstrengungen in vielen deutschen Kommunen geleistet werden. Dazu wird das Difu die Projektergebnisse in Publikationen sowie seinem Online-Angebot einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

SDG-Indikatoren für Kommunen



[www.difu.de/12597](http://www.difu.de/12597)



Dr. Jasmin Honold  
+49 30 39001-200  
[honold@difu.de](mailto:honold@difu.de)

Dr. Busso Grabow  
+49 30 39001-248  
[grabow@difu.de](mailto:grabow@difu.de)

## SDG-Indikatoren für Kommunen

Monitor Nachhaltige Kommune IV widmet sich der Weiterentwicklung von Indikatoren für die 17 globalen Ziele der UN.



Im Rahmen des Projekts Monitor Nachhaltige Kommune erarbeitet das Deutsche Institut für Urbanistik im Auftrag der Bertelsmann Stiftung seit 2015 Nachhaltigkeitsindikatoren, die ein Monitoring der nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene ermöglichen. Seit 2017 liegt der Schwerpunkt dabei auf den 17 globalen Zielen der von den Vereinten Nationen vereinbarten Agenda 2030 (Sustainable Development Goals, SDGs).

In einer AG mit Partnern der Bertelsmann Stiftung, den kommunalen Spitzenverbänden, dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hat das Difu 2018 einen ersten umfassenden Indikatorenkatalog „SDG-Indikatoren für Kommunen“ erarbeitet. Anschließend erfolgten Praxis-Erprobungen und Evaluationen, auf deren Basis das Difu nun gemeinsam mit der Arbeitsgruppe den Indikatorenkatalog bis Juni 2020 inhaltlich weiterentwickeln wird.

Neben der Fortschreibung des Katalogs und statistischen Analysen zum Zusammenhang der SDG-Indikatoren sollen zusätzliche Indikatoren erarbeitet werden, vor allem in den Bereichen Stadt- und Kreisentwicklung, Klima und Energie, Digitalisierung sowie kommunale Entwicklungspolitik. Außerdem wird erprobt, inwiefern sich perspektivisch neue Daten für Nachhaltigkeitsindikatoren aus offenen Datenquellen erschließen lassen. Zudem wird angestrebt, die „vertikale“ Integration der kommunalen Nachhaltigkeitsindikatoren mit denen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und ausgewählten Bundesländern zu verbessern.

## Kinder und Sicherheit

Das Difu entwickelt Instrumente, um das Sicherheitsempfinden von Kindern im öffentlichen Raum zu erfassen.

### Kinder und Sicherheit



[www.difu.de/12596](http://www.difu.de/12596)



Dipl.-Ing. Jan Abt  
+49 30 39001-206  
abt@difu.de



Der öffentliche Raum ist für Kinder und Jugendliche der wichtigste Spiel- und Freizeitort außerhalb der eigenen Wohnung. Die Möglichkeit, sich das eigene Wohnumfeld und Quartier selbst „erobert“ zu können, ist ein wichtiges Element ihrer Entwicklung. Gleichzeitig sind Kinder eine der verletzlichsten Bevölkerungsgruppen im öffentlichen Raum und die unbeaufsichtigte Mobilität von Kindern hat in den letzten 50 Jahren deutlich abgenommen. Häufig entscheidet die von den Eltern wahrgenommene Sicherheit, wie viel Freiheit sie ihren Kindern zur selbstbestimmten Raumerobierung lassen – aber auch die Kinder selbst müssen sich trauen, sich eigenständig im Quartier zu bewegen. Dieses Feld der subjektiven Sicherheit von Kindern und Jugendlichen ist bisher jedoch kaum erforscht.

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat sich erfolgreich mit dem Projekt INERSIKI für die BMBF-Fördermaßnahme „Anwender – Innovativ: Forschung für die zivile Sicherheit“ beworben. Gemeinsam mit dem Landeskriminalamt Berlin, dem Institut für Psychologie der Universität Hildesheim und dem Kinder- und Jugendbüro Steglitz-Zehlendorf von Berlin wird in den nächsten zwei Jahren daran gearbeitet, passgenaue Methoden für Polizei und Jugendhilfe zu entwickeln, mit denen die Sicherheitsbelange von Kindern in öffentlichen Räumen besser und zielgruppengerechter als bisher erfasst werden können. Erforderlich sind Methoden, die Kinder ansprechen und gleichzeitig das sensible Thema eigener Unsicherheitserfahrungen aufarbeiten können. Gesamtziel des Vorhabens ist es, die Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl für Kinder und Jugendliche im urbanen Raum zu verbessern.

### Soziokulturelle Quartiersprojekte



[www.difu.de/12577](http://www.difu.de/12577)



Dipl.-Ing.  
Ricarda Pätzold  
+49 30 39001-190  
paetzold@difu.de

Julia Diringer  
+49 30 39001-283  
diringer@difu.de

## Soziokulturelle Quartiersprojekte

In einem neuen Difu-Forschungsprojekt werden Rahmenbedingungen und Wirkung von Quartiersprojekten untersucht.



Foto: Aurelio Schney, Wir aktiv. Boxsport & mehr

In ihrer Rolle als Bestandhalter definieren kommunale Wohnungsbaugesellschaften ihren Einflussbereich weit über die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums hinaus. Sie tragen Sorge für eine kontinuierliche und nachhaltige Quartiersentwicklung – durchaus mit dem Eigeninteresse stabile Nachbarschaften zu unterstützen. Um die Aktivitäten im Umfeld des Wohnens zu bündeln, gründete die Gewobag – eines der sechs kommunalen Wohnungsunternehmen in Berlin – 2013 die Stiftung Berliner Leben. Die Stiftung verfolgt das Ziel, nachbarschaftliche Strukturen, den sozialen Ausgleich und die Integration der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in Berliner Quartieren zu fördern. Sie unterstützt Institutionen und Projekte in den Bereichen Kunst und Kultur, Jugend- und Altenhilfe sowie Sport.

Die Stiftung Berliner Leben hat das Difu beauftragt, Aktivitäten, Umsetzung und Wirkung von zwei geförderten Projekten – „Wir aktiv. Boxsport & mehr“ (Isigym Boxsport Berlin e. V. in Schöneberg) und „Abenteuer Oper!“ (Komische Oper in Zusammenarbeit mit einer Grundschule und einer Seniorenfreizeiteinrichtung) – zu untersuchen. Mit der Methode qualitativer Interviews werden Rahmenbedingungen, Erfolge und Herausforderungen der beiden Sport- und Kulturprojekte reflektiert. Ergänzend fließen vergleichbare Strategien anderer Wohnungsbaugesellschaften sowie Stiftungen in die Analyse ein. Im Rahmen der Kurzexpertise werden Überlegungen zur Weiterführung respektive Stabilisierung der Projekte angestellt und Empfehlungen für künftige Projekte der Stiftung Berliner Leben abgeleitet und diskutiert.

## Kommunale Bodenpolitik

Kooperationsprojekt mit 14 Städten untersucht, wie Liegenschafts- und Stadtentwicklungsverwaltung besser kooperieren.

### Kommunale Bodenpolitik



[www.difu.de/12398](http://www.difu.de/12398)



Prof. Dr. Arno Bunzel  
+49 30 39001-238  
[bunzel@difu.de](mailto:bunzel@difu.de)

Dipl.-Ing.  
Ricarda Pätzold  
+49 30 39001-190  
[paetzold@difu.de](mailto:paetzold@difu.de)



Foto: Wolf-Christian Strauss

Kommunale Bodenpolitik neu aufzustellen bzw. richtig zu justieren ist aktuell eine der großen Herausforderungen der Stadtentwicklung. Angesichts der drängenden Fragen der Baulandentwicklung, der Aktivierung von Brachflächen und Baulücken, der rekordträchtigen Entwicklungen bei Immobilienpreisen und Mieten mit den zunehmend spürbaren Folgen für die Sozialstruktur in den Städten und die Stadtentwicklung ganz allgemein ist der Handlungsbedarf kaum mehr zu übersehen. Die Verzahnung von Liegenschafts- und Stadtentwicklungspolitik muss weiterentwickelt werden, sie kann ein Schlüssel für eine effektivere und kostengünstigere Baulandpolitik sein.

Die Ausgangsbedingungen sind dabei sehr unterschiedlich. So gibt es in einer Reihe von Städten Beschlüsse zur Initiierung einer verstärkten Ankaufstrategie von Grundstücken. Baulandmodelle werden neu aufgelegt oder forciert, lokale Bündnisse mit der Wohnungswirtschaft abgeschlossen und bodenrechtliche Instrumente wie die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme, das Vorkaufsrecht oder die Milieuschutzsatzung wiederentdeckt. Im Fokus des Forschungsprojekts stehen daher unterschiedliche Aspekte wie der Aufbau einer Flächenreserve für zukünftige Bedarfe, die (Weiter-)Entwicklung von Baulandmodellen und Verfahren zur an städtebaulichen Zielen ausgerichteten Vergabe von Grundstücken (Konzeptvergabe). Bausteine dieses Vorhabens sind neben Vorortanalysen eine Reihe von Workshops für einen intensiven vertieften Erfahrungsaustausch und eine wechselseitige Reflexion von Lösungsmodellen zwischen den beteiligten Städten.

### Gewerbegebiete klimafest machen



[www.difu.de/12451](http://www.difu.de/12451)



Dipl.-Ing. (FH)  
Maic Verbücheln  
+49 30 39001-263  
[verbuecheln@difu.de](mailto:verbuecheln@difu.de)

Dipl.-Ing.  
Sandra Wagner-Endres  
+49 30 39001-154  
[wagner-endres@difu.de](mailto:wagner-endres@difu.de)

## Gewerbegebiete klimafest machen

Das KLIMA.PROFIT-Projekt widmet sich Maßnahmen der Klimaanpassung für Gewerbegebiete in Städten.



Gewerbegebiete sind stark vom Klimawandel betroffen. Durch Extremwetterereignisse steigen einerseits gesundheitliche Belastungen der Beschäftigten und andererseits kommt es immer häufiger zu Produktionsausfällen. Darüber hinaus haben Gewerbegebiete – etwa durch ihre hohen Versiegelungsgrade – negative Auswirkungen auf die klimatische Situation angrenzender Stadträume.

Im Rahmen des neuen Difu-Forschungsprojekts KLIMA.PROFIT sollen gemeinsam mit den drei Städten Dortmund, Bochum und Duisburg sowie Unternehmen Klimaanpassungsmaßnahmen entwickelt, geplant und langfristig in den drei Pilotgebieten umgesetzt werden. Hierbei werden auch lokale Kooperationen etabliert. Im Fokus stehen zunächst Maßnahmen der Klimaanpassung, die auch einen unternehmerischen Mehrwert in Hinblick auf die Vermeidung von Schadenserignissen sowie die Arbeitsplatz- und Aufenthaltsqualität bieten. Die Maßnahmen dienen der Qualifizierung und Attraktivitätssteigerung von Bestandsgebieten, zudem wird die Einbindung in das stadträumliche Umfeld optimiert. Zu diesem Zweck werden für ausgewählte Maßnahmen Kosten-Nutzenanalysen erarbeitet. Die Ergebnisse werden durch die im Rahmen des Projekts etablierten neuen Kooperationsnetzwerke vor Ort verstetigt. Über eine KLIMA.PROFIT-Webseite werden Ziele, Inhalte, Veranstaltungen und Ergebnisse des Projekts kontinuierlich kommuniziert und auch für andere Kommunen zur Verfügung gestellt. Schließlich wird ein Leitfaden mit Fokus auf Kosten-Nutzen-Aspekten entwickelt.



### Veranstaltungsvorschau

#### Difu-Seminare und Fachtagungen

##### Leistbare Stadt – zwischen Wohnungsbau und Bestandspolitik

Difu-Seminar

9.–10. September 2019 in Berlin

➔ [www.difu.de/12300](http://www.difu.de/12300)

##### Die Schule als Lebenswelt – Neue Anforderungen an den Schulbau

Difu-Seminar in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag

12.–13. September 2019 in Berlin

➔ [www.difu.de/12438](http://www.difu.de/12438)

##### Photovoltaik auf kommunalen Dächern – Strom kosteneffizient produzieren und nutzen

Difu-Seminar

17. September 2019 in Berlin

➔ [www.difu.de/12439](http://www.difu.de/12439)

##### Wir entscheiden mit! Bürgerbeteiligung und Einflussnahme

Difu-Erfahrungsaustausch in Kooperation mit der Stadt Leipzig

19.–20. September 2019 in Leipzig

➔ [www.difu.de/12443](http://www.difu.de/12443)

##### Quo vadis, Fachkraft? – Kommunale Strategien zur Sicherung des Fachkräftebedarfs

Difu-Seminar in Kooperation mit der Stadt Trier

26.–27. September 2019 in Trier

➔ [www.difu.de/12441](http://www.difu.de/12441)

##### Wirtschaftsverkehre bewältigen – Lösungen für innerstädtische Quartierslogistik

Difu-Seminar

21.–22. Oktober 2019 in Berlin

➔ [www.difu.de/12454](http://www.difu.de/12454)

##### Sichere Veranstaltungen im öffentlichen Raum – Trends, Konzepte, Maßnahmen

Difu-Seminar in Kooperation mit dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS)

24.–25. Oktober 2019 in Berlin

➔ [www.difu.de/12456](http://www.difu.de/12456)

##### Kommunale Straßeninfrastruktur – Finanzierung heute und morgen

Difu-Seminar

4.–5. November 2019 in Berlin

➔ [www.difu.de/12458](http://www.difu.de/12458)

##### Luftqualität und Gesundheit – Integriertes kommunales Vorgehen

Difu-Seminar

11.–12. November 2019 in Berlin

➔ [www.difu.de/12460](http://www.difu.de/12460)

##### Streitfall Parken – Stellplatzpolitik als strategisches Instrument

Difu-Seminar

14.–15. November 2019 in Berlin

➔ [www.difu.de/12462](http://www.difu.de/12462)

##### Die Klaviatur der Innenentwicklung – Erfahrungen und Erfordernisse

Seminar in Kooperation mit der Stadt Trier und mit Unterstützung der Architektenkammer Rheinland-Pfalz

14.–15. November 2019 in Trier

➔ [www.difu.de/12464](http://www.difu.de/12464)

##### Forum deutscher Wirtschaftsförderer Kongress der kommunalen Spitzenverbände und des DVWE in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Urbanistik

21.–22. November 2019 in Berlin

➔ [www.difu.de/12356](http://www.difu.de/12356)

##### Mobilität in einer sich verändernden Gesellschaft – Folgen für die Verkehrsplanung

Difu-Seminar

25.–26. November 2019 in Berlin

➔ [www.difu.de/12466](http://www.difu.de/12466)

##### Was ist schön? Erfahrungsaustausch Baukultur

Difu-Seminar

2.–3. Dezember 2019 in Berlin

➔ [www.difu.de/12468](http://www.difu.de/12468)

##### Jenseits der Kirchturmpolitik – Interkommunale Zusammenarbeit in der Stadtregion

Difu-Seminar

5.–6. Dezember 2019 in Berlin

➔ [www.difu.de/12469](http://www.difu.de/12469)

#### Weitere Veranstaltungsangebote am Difu

Im Rahmen seiner öffentlichen Veranstaltungsreihe „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ bietet das Difu am Berliner Standort ab Ende Oktober 2019 wieder Veranstaltungen zu aktuellen kommunalrelevanten Themen an. Darüber hinaus sind wie immer fachbezogene Veranstaltungen im Rahmen verschiedener Projekte im Programm. Die Programme mit Anmeldemöglichkeit werden stets nach der Fertigstellung direkt unter folgenden Links veröffentlicht:

#### Fahrradakademie

➔ [www.bit.ly/2XhrwLz](http://www.bit.ly/2XhrwLz)

#### Dialogforum Jugendhilfe

➔ [www.bit.ly/2GqfMkb](http://www.bit.ly/2GqfMkb)

#### Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

➔ [www.difu.de/difu-dialoge](http://www.difu.de/difu-dialoge)

#### Kompetenz- und Servicezentrum Kommunaler Klimaschutz

➔ [www.bit.ly/3UamMZ](http://www.bit.ly/3UamMZ)

Details, Einzelprogramme und Online-Anmeldung stets aktuell auf der Difu-Website:

➔ [www.difu.de/veranstaltungen](http://www.difu.de/veranstaltungen)

Difu-Fortbildungssekretariat:

+49 30 39001-258/-243/-148

fortbildung@difu.de

# Demografischer Wandel – alle Probleme gelöst?

Eine leicht gestiegene Geburtenrate und die seit 2015 stattgefundenene Zuwanderung erwecken mitunter den Eindruck: Weniger, älter, bunter – das war einmal. In einem Difu- Seminar wurde daher der Frage nachgegangen, was es damit auf sich hat.

Im Rahmen eines Difu-Seminars tauschten sich Forschung und Kommunen über den demografischen Wandel und seine Implikationen für die Kommunen aus. Das Gros der Prognosen und Szenarien aus den 2000er-Jahren konnten die Seminarteilnehmenden aus heutiger Sicht nicht bestätigen. Überraschend waren Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen, in denen sich die Bevölkerungsentwicklung eher negativ entwickelt, in der Minderheit. Gleich zu Beginn des Seminars wurde aber deutlich, dass die Tendenz einer älter und weniger werdenden Gesellschaft keineswegs ad acta gelegt werden kann. Die Wurzeln der heutigen Bevölkerungsentwicklung reichen lange zurück. Es gibt zwar immer wieder Wellen und externe Faktoren (z.B. die Zuwanderung von Flüchtlingen), die Tendenzen für eine Weile relativieren (können) – ein demografischer Wandel insgesamt (insbesondere weniger und älter) wurde jedoch als nicht umkehrbar dargestellt.

Unterschiede können dabei jedoch sicherlich in der Geschwindigkeit, der räumlichen Verteilung und im genauen Ausmaß liegen. So wurde auch der Rolle von Prognosen und Szenarien ein entsprechender Raum in der Seminar-Diskussion eingeräumt und deutlich, dass sich Prognosen je nach Auftraggeber, Indikatorenset und entsprechend einer Spannweite von Interpretationsmöglichkeiten sehr unterscheiden können. Dies erschwert natürlich das Handeln und Argumentieren der Akteure vor Ort, weil letztlich jedes Szenario und jede Prognose anfechtbar ist. Ebenso wurde durch einen Vortrag anschaulich vermittelt, dass Raster wie „Ost-West“, „Nord-Süd“ oder auch „Stadt-Land“ keineswegs haltbar oder als Argumentationshilfe dienlich sind.

Wesentlich ist bei den Prognosen hingegen der räumliche Maßstab, auf den sie angelegt sind: Je kleiner der Maßstab, umso besser lässt sich darauf reagieren. Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit diskutiert, den Herausforderungen des demografischen Wandels mit regionalen Konzepten und Abstimmungen zu begegnen.

So ist es Fakt, dass sich Wachstum in einzelnen Städten und Regionen immer zu Ungunsten anderer Städte und Regionen vollzieht. Dies gilt mindestens in Bezug auf Deutschland, aber wohl auch



europaweit. Bereits innerhalb einer Stadt kann es Quartiere mit „Gewinnern“ und „Verlierern“ bei der demografischen Entwicklung geben. Entsprechend liegen die Herausforderungen nicht allein in einer sich wandelnden demografischen Entwicklung, sondern eher in einer Zunahme regionaler, wenn nicht gar lokaler Ungleichheit – und dem Umgang damit.

Neben anderen Inhalten wurde noch die Rolle von Förderprogrammen thematisiert. So wiesen die kommunalen Akteure darauf hin, dass Förderprogramme oftmals am eigentlichen Bedarf vorbeigehen. Dabei wurden auch die Länder und der Bund adressiert, die oft eher als Verhinderer denn als Unterstützer wahrgenommen werden, nicht zuletzt durch das Forcieren eines kontraproduktiven regionalen Wettbewerbs und dem Verhindern innovativer Ansätze.

Als Seminarfazit zeigte sich, dass schlussendlich nicht alle Probleme gelöst sind, sondern dass sie sich vielmehr zeitlich und räumlich verlagern. Es ist weiterhin Aufgabe der Politik, langfristig umzudenken – was angesichts eines noch immer vorhandenen Denkens und Handelns in Legislaturperioden eine Herausforderung ist – und nicht auf jede minimale Aufwärtsbewegung mit Expansionsplänen zu reagieren. Demografie ist ein Prozess und kein Status quo und damit eine Daueraufgabe. Entsprechend braucht es in den Kommunen Personen und Zuständigkeiten, die Demografie konsequent, ressortübergreifend und langfristig mitdenken – in schlechten und in guten Zeiten.



[www.difu.de/12128](http://www.difu.de/12128)  
[www.difu.de/12570](http://www.difu.de/12570)  
 (Doku im Difu-Extranet)



**Dr. Elke Bojarra-Becker**  
 +49 30 39001-330  
[bojarra@difu.de](mailto:bojarra@difu.de)

**Dr. Beate Hollbach-Grömig**  
 +49 30 39001-293  
[hollbach-groemig@difu.de](mailto:hollbach-groemig@difu.de)

# Unkonferenz zum kommunalen Klimaschutz: Teilgeben statt -nehmen

Mit einem interaktiven BarCamp in Berlin schafft das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) am Difu neue Vernetzungsmöglichkeiten für die kommunale Klimaschutz-Community.



Foto: Difu/Boris Trenkel

Kommunaler Klimaschutz braucht Erfahrungsaustausch und ressortübergreifende Zusammenarbeit: Was für Klimaschutzaktive in ganz Deutschland dem Grundverständnis ihrer täglichen Arbeit gleichkommt, war im Januar in Berlin Ausgangspunkt für eine Konferenz der anderen Art: Unter dem Motto „Viele Köpfe – zwei Tage – ein Ziel“ begab sich das SK:KK im Auftrag des Bundesumweltministeriums (BMU) mit dem BarCamp Kommunaler Klimaschutz auf neues Terrain. Im Gegensatz zu einer klassischen Konferenz haben die Teilnehmenden selbst bestimmt, über welche Themen und Fragestellungen sie in Sachen Klimaschutz sprechen wollen. Die Inhalte der mehr als 20 Workshops haben die mehr als hundert Anwesenden aus Kommunen, Lokalpolitik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in der Berliner Kalkscheune spontan und demokratisch festgelegt. Auch die Methoden, die dabei zum Einsatz kamen, waren selbst gewählt. Das Ergebnis: Viel Raum für interkommunalen Erfahrungsaustausch, der essenziell ist, um Klimaschutzmaßnahmen vor Ort erfolgreich umzusetzen.

Als Impuls zum Auftakt der Veranstaltung stellte Dr. Fritz Reusswig vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) Ergebnisse des Reallabors „Klimaneutral Leben in Berlin“ (KLIB) vor. Im Rahmen des BMU-geförderten Projekts hatten hundert Berliner Haushalte versucht, ihre Treibhausgasemissionen innerhalb eines Jahres um 40 Prozent zu reduzieren. Den Transfer für den ländlichen Raum übernahm im Anschluss Dr. Meike Düspohl, Klimaschutzmanagerin im Landkreis Rotenburg (Wümme), die der Frage nachging, inwiefern das kommunale Klimaschutzmanagement Rahmenbedingungen für einen klimafreundlichen Alltag schaffen kann.

Dass ein hohes Maß an Partizipation eine Veranstaltung verändert und bereichert, zeigte sich besonders in der Themenvielfalt der angebotenen Workshops und Sessions. Aufgegriffen wurden Fragen wie „Muss Klimaschutz zur kommunalen Pflichtaufgabe werden?“, „Wie können Kommunen ihre Anlagestrategie klimafreundlich gestalten?“ und „Welche Potenziale bieten freie Lastenradsysteme?“. Schwerpunkte entstanden nach Bedarfen und Wissensstand der Anwesenden.

Darüber hinaus gab es verschiedene fachliche Impulse, um den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu fördern. So sprach Prof. Dr. Felix Creutzig vom Mercator Research Institute of Global Commons and Climate Change (MCC) über Möglichkeiten zur Hochskalierung lokaler Klimaschutzmaßnahmen, Dr. Peter-Paul Pichler vom PIK stellte konsumbasierte Bilanzierungsmodelle zur Diskussion und Dr. René Geißler von der Bertelsmann Stiftung ging der Frage nach, ob die Kommunalaufsicht wirklich nur als Bremse kommunaler Klimaschutzinvestitionen verstanden werden kann.

Thematisch bot das BarCamp Kommunaler Klimaschutz ein kompaktes Abbild aktueller Herausforderungen, die sich den kommunalen Akteurinnen und Akteuren auf dem Weg in eine klimafreundliche Zukunft immer wieder stellen. Digitale Tools sowie ausgiebige und teils unkonventionelle Vernetzungsphasen sorgten dafür, dass das BarCamp über die Mauern der Kalkscheune hinaus Wirkung entfalten konnte – im Netz und in den Köpfen der Teilnehmenden.



Foto: Difu/Boris Trenkel



[www.difu.de/12280](http://www.difu.de/12280)  
Twitter: #teamklimaschutz



**Anna Nagel**  
+49 30 39001-235  
nagel@difu.de



**Jelka Wickham**  
+49 30 39001-178  
wickham@difu.de

# Energie, Architektur und Baukultur in Einklang bringen

Beim 24. Deutschen Fachkongress für kommunales Energiemanagement diskutierten rund 200 Fachleute in der Landeshauptstadt Wiesbaden über Möglichkeiten der Energieeinsparung sowie Klima- und Ressourcenschutz.



Foto: Denise Gladisch/Landeshauptstadt Wiesbaden

Welche Herausforderungen haben Kommunen zu meistern, um systematisch Energie und Ressourcen einzusparen und das Klima zu schonen? Rund 200 – meist aus Kommunen kommende – Fachleute trafen sich am 1. und 2. April im RheinMain CongressCenter (RMCC) in Wiesbaden, um gute Antworten auf diese Frage zu geben. Veranstalter des diesjährigen Fachkongresses für kommunales Energiemanagement waren das Deutsche Institut für Urbanistik und die Stadt Wiesbaden als Gastgeberin.

Für das Hessische Energieministerium begrüßte Staatssekretär Jens Deutschendorf die Teilnehmenden. Die Energie- und Klimaschutzfachleute beschäftigten sich unter anderem mit der Bedeutung von komplexen Energiekonzepten, die von der Bauleitplanung bis zum Bauprojekt reichen, mit vielfältigen Möglichkeiten der energetischen Sanierung und des Energiemanagements auf Stadt- und Quartiersebene sowie mit Fragen nach einer nachhaltigen Energienutzung im Denkmal. Zu Letzterem informierte Staatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser über die Aktivitäten des Hessischen Umweltministeriums.

Der Wiesbadener Oberbürgermeister Sven Gerich betonte die Bedeutung des Klimaschutzes für die Kommunen: „Kommunaler Klimaschutz steigert die regionale Wertschöpfung und steigert die Lebensqualität der Menschen in den Städten. Bereits seit 1995 ist die Stadt Wiesbaden Mitglied des Klima-Bündnisses. Dadurch hat sie sich verpflichtet, durch geeignete Informationen, Angebote und Entscheidungen erhebliche Reduktionen im CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu vollziehen.“ Hans-Martin

Kessler, Dezernent für Stadtentwicklung und Bau, ergänzte: „Gerade in Wiesbaden mit zahlreichen historischen und denkmalgeschützten Gebäuden ist die Vereinbarkeit von Energieeffizienz und Architektur ein bedeutendes Thema. Die Baukultur – um die es auf diesem Kongress schwerpunktmäßig geht – ist die Grundlage für eine hohe Lebensqualität. Städtebaulich und architektonisch hochwertige Planungen sind – genauso wie eine effiziente und umweltschonende Energieversorgung – Voraussetzung für Orte, an denen sich Menschen wohlfühlen, gerne leben und arbeiten.“

Difu-Institutsleiter Professor Dr. Carsten Kühl verwies auf die Bedeutung des Energiemanagements für Nachhaltigkeit und Klimaschutz: „Heute spielt auch die Vorbildfunktion, die eine Kommune in diesen Bereichen einnehmen kann, eine wichtige Rolle. Hier kann den Bürgerinnen und Bürgern im wortwörtlichen Sinne vorgeführt werden, wie Klimaschutz – einhergehend mit Energieeinsparung – funktioniert.“

Auf dem Kongress konnten die Teilnehmenden zwischen 16 unterschiedlichen Workshops aus den Bereichen „Energie im Gebäudemanagement“, „Energieeffizienz“, „Erneuerbare Energien“ und „Kommunikation – Motivation – Partizipation“ wählen. Kooperationspartner der Veranstaltung sind der Arbeitskreis „Energiemanagement“ des Deutschen Städtetages, der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag. Unterstützt wurde der Kongress von der Landesenergieagentur Hessen sowie weiteren regionalen und deutschlandweiten Partnern.



[www.difu.de/12301](http://www.difu.de/12301)



Anna Hogrewe-Fuchs  
+49 221 340308-16  
hogrewe-fuchs@difu.de



Dipl.-Ing. Cornelia Rösler  
+49 221 340308-18  
roesler@difu.de

# ÖPNV und Digitalisierung – Nutzen der Vernetzung und Automatisierung

Beim Difu-Seminar diskutierten Verkehrsfachleute aus ganz Deutschland über Chancen und Risiken der Digitalisierung für den ÖPNV. Durch gute digitale Angebote soll der ÖPNV attraktiver und zur echten Alternative zum motorisierten Individualverkehr werden.

Unter dem Begriff Digitalisierung zusammengefasste Entwicklungen prägen seit einigen Jahren den ÖPNV. So zählten zu den in einem Difu-Seminar näher beleuchteten Aspekten Fahrplanauskunftssysteme in Echtzeit, Buchungs- und Zugangsmöglichkeiten zu Mobilitätsangeboten, die Entwicklung neuer Tarifmodelle mit Abkehr von Zonen- und Wabenmodellen, aber auch flexible On-Demand-Angebote. Das Smartphone ist hierbei der Schlüssel zu unterschiedlichsten Dienstleistungen im Bereich Mobilität: Netzzugang vorausgesetzt, stellt es Informationen zur Reise zur



Verfügung, ermöglicht Buchung und Ticketkauf, öffnet Türen von Carsharing-Autos und entspermt Fahrräder an Verleihstationen.

Um eine flexible Mobilität zu ermöglichen, ist eine physische Integration von Angeboten an Mobilitätsstationen wie auch die digitale Integration notwendig. Modelle eines solchen Single-Sign-On gibt es z.B. in München mit M-Login oder in Hamburg mit switchh. ÖPNV-Unternehmen sind hierbei jeweils Integrator für öffentliche und privatwirtschaftliche Mobilitätsangebote. Besonders für nahtlose Buchungssysteme ist noch viel Überzeugungsarbeit notwendig: Umgang mit Kundendaten, Provisionen und vertragliche Übereinkünfte zwischen den Anbietern sind zu diskutieren. Ziel kommunaler Verkehrsunternehmen ist, nicht das Schicksal von Leistungsanbietern bei Plattformökonomien zu erleiden – nämlich für den Kunden nicht mehr wahrnehmbar zu sein. Als Integrator von Mobilitätsdienstleistungen haben Verkehrsunternehmen eine gute Ausgangsposition, weil sie Vertrauen mit Blick auf Datenschutz-/sicherheit genießen und einen großen Kundenstamm haben.

Aus Sicht der ÖPNV-Akteure sind Entwicklungen bei neuen On-Demand-Angeboten besonders interessant. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse – junge Menschen im urbanen Umfeld haben ein deutlich sinkendes Interesse an Führerscheinwerb oder gar Autokauf – und leistungsfähige Algorithmen zur Verknüpfung von Fahrtwünschen in Verbindung mit einer bei jüngeren Menschen ubiquitären Smartphone-Ausstattung, sind Katalysator für neue flexible Angebote. Projekte aus Lübeck, Stuttgart und München wurden im Seminar vorgestellt. Motivation kommunaler Verkehrsunternehmen ist, ihr Angebot zu ergänzen und sich durch Flexibilisierung und Individualisierung neue Nachfrage zu erschließen. Zudem möchte man frühzeitig Erfahrung in diesem Segment sammeln und den Markt nicht „kampflos“ kommerziellen Anbietern aus den Bereichen Automobil- und Softwareindustrie überlassen.

Die Diskussion zeigte, dass verschiedene Segmente der Digitalisierung zu einem attraktiveren und kundenorientierteren ÖPNV beitragen können. Gleichzeitig wurde vor überzogenen Erwartungen gewarnt, die schon in der Digitalisierung an sich einen Beitrag zur Lösung von Verkehrsproblemen sehen. Vielmehr wurde darauf verwiesen, dass Entwicklungen im Kontext der Digitalisierung eine unterstützende Funktion haben können, aber verkehrspolitische Rahmensetzungen wichtig sind, um „Rebound-Effekte“ zu vermeiden. Das bedeutet, dass Verkehr durch Entwicklungen im Kontext der Digitalisierung nicht stadt- und umweltverträglicher wird, sondern die Verkehrsbelastungen durch neue – auch gutgemeinte – Angebote weiter wachsen. Relevant ist in diesem Zusammenhang, wie das Personenbeförderungsgesetz novelliert und wie dabei den Anforderungen der Daseinsvorsorge Rechnung getragen wird. Verkehrsunternehmen des ÖPNV sollten Entwicklungen aktiv und selbstbewusst nutzen. Ihre Erfahrungen und ihr Kundenstamm sind eine gute Ausgangsbasis, um neue digitalbasierte Angebote zu gestalten und im Sinne einer Verkehrswende in das bestehende ÖPNV-System zu integrieren. Am Ende dieses Transformationsprozesses sollte ein starker ÖPNV stehen, der durch digitale Mobilitäts-, Buchungs- und Informationsangebote eine echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr ist.



[www.difu.de/12103](http://www.difu.de/12103)  
[www.difu.de/12420](http://www.difu.de/12420)  
 (exklusiv für Zuwanderer)



**Dr. Jürgen Gies**  
 +49 30 39001-240  
[gies@difu.de](mailto:gies@difu.de)



**Geograph, M.A.  
 Thomas Stein**  
 +49 30 39001-181  
[stein@difu.de](mailto:stein@difu.de)

# Auf dem Weg zu einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe

Um das Ziel einer inklusiven Ausgestaltung des SGB VIII zu erreichen, ist eine Gesamtzuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder und Jugendlichen sinnvoll, so das Resümee aus dem Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“.

Das Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“ im Difu bot gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Ende November 2018 eine Plattform für den öffentlichen Erfahrungsaustausch in Berlin. Hierzu waren alle Akteursgruppen eingeladen, die sich mit Umsetzungsfragen einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe auseinandersetzen. Die Veranstaltung wurde von Bettina Bundszus, Leiterin der Abteilung Kinder und Jugend im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und Kerstin Landua, Projektleiterin Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“ im Difu eröffnet.



Im Koalitionsvertrag wurde ein breiter Dialog mit allen Akteuren im Vorfeld eines Gesetzentwurfs des SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe, Behindertenhilfe, Länder, Kommunen) angekündigt. Die Veranstaltung sollte einen Beitrag dazu leisten und ein Forum für eine Fachdiskussion bieten, auf der Fachkräfte aus der kommunalen Praxis zu Wort kommen und ihre Erfahrungen einbringen. Diskutiert wurde u.a., inwieweit sich die Praxis auch ohne gesetzliche Neuregelungen in Richtung „Große Lösung“ weiterentwickelte, wo sich systemischer Veränderungsbedarf erkennen lässt, wo ggf. gesetzliche Neuregelungen gebraucht werden und was der Zielhorizont in dieser Legislaturperiode mit Blick auf die Große Lösung ist.

Zugleich bot die Plattform die Möglichkeit, eine Zwischenbilanz der Arbeit des Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis. Inklusive Kinder- und Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten“ zu ziehen. Im Plenum und in den AGs wurde der Kenntnisstand aus den Expertengesprächen des

Dialogforums vorgestellt. Folgende Aspekte wurden mit Fachkräften diskutiert:

- Zusammenführung der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfen im SGB VIII,
- Gestaltung von Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien im Sozialraum,
- Beteiligungsverfahren in der Ausgestaltung von Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien,
- Bedarfsermittlung und Hilfeplanung.

Die Ergebnisse und Präsentationen sind online auf der Homepage abrufbar. Insgesamt ist festzuhalten, dass sich das Dialogforum für eine Gesamtzuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder und Jugendlichen ausspricht, mit dem Ziel einer inklusiven Ausgestaltung des SGB VIII. Diese Positionierung, formuliert auf dem 2. Expertengespräch im Herbst 2017, ist Arbeitsmaxime für alle weiteren Expertengespräche. Wichtig im weiteren Dialogprozess ist es, Best-practice-Beispiele vorzustellen und zu diskutieren, Schnittstellen zu beschreiben, Lücken bei der Kooperation zu identifizieren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Der vom BMFSFJ initiierte Dialogprozess zur Modernisierung des SGB VIII wird inhaltlich gesteuert von der AG „SGB VIII: Mitreden-Mitgestalten“ unter Leitung der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks. Die AG setzt sich aus Mitgliedern aller beteiligten Akteursgruppen zusammen. Auch das Dialogforum im Difu hat in dieser AG einen Sitz und beteiligt sich aktiv an den Sitzungen sowie ggf. mit Stellungnahmen. Die AG tagt 2019 zu vier zentralen Handlungsfeldern in der Kinder- und Jugendhilfe: Besserer Kinderschutz, Betreuung außerhalb der eigenen Familie, Prävention im Sozialraum sowie Wirksame Hilfesysteme/mehr Inklusion. Die Expertengespräche des Dialogforums werden 2019 nach den Sitzungen der AG „SGB VIII: Mitreden-Mitgestalten“ stattfinden und inhaltlich die dort thematisierten Inhalte und gesammelten Ergebnisse vertiefend in der Diskussion mit Leitungskräften aus der kommunalen Praxis aufgreifen. Dazu steht das Dialogforum in engem Kontakt mit dem BMFSFJ. Neue Mitstreiter der Kommunalpraxis – sowohl aus der Kinder- und Jugendhilfe als auch der Behindertenhilfe – sind im Dialogforum im Difu herzlich willkommen!



[www.bit.ly/2JprfmM](http://www.bit.ly/2JprfmM)



Dipl.-Soz.  
Kerstin Landua  
+49 30 39001-135  
landua@difu.de

# Krefeld – Seidenstadt am Rhein

Seit 2019 haben die Stadt Krefeld und das Difu ihre Kooperation vertieft. Krefeld nutzt als Zuwanderstadt die Difu-Serviceleistungen und profitiert vom erweiterten Forschungs-, Fortbildungs- und Beratungsangebot für Kommunen. Ein Blick in die Stadt lohnt sich



Foto: HE-Gebäude, © Mies van der Rohe Business Park

Krefeld das ist Niederrhein, Rheinland und fast auch schon Niederlande. Krefeld ist moderne Großstadt und mittelalterliche Kleinstadt, Logistikkreuzung, Naturlandschaft, Rhein- und Hafenstadt. Genauso ist Krefeld Sport-, Hochschul- und Kulturstadt. Und natürlich mit gleich drei Gebäuden des letzten Bauhaus-Direktors Ludwig Mies van der Rohe auch Bauhaus-Stadt.

Was ist Krefeld noch? Eine wachsende Stadt! Krefeld wächst wieder einmal und erneut auch dank Zuwanderung. Das war schon so im 17. und 18. Jahrhundert. Damals konnten Flüchtlinge in Krefeld die Freiheit finden, um sich als Familien sicher zu fühlen und als Unternehmen zu entwickeln. Was war die Folge dieser Krefelder Toleranz? Großer Wohlstand. Jetzt kommen wieder viele neue Menschen in die Stadt am Rhein und die Dynamik-Parameter entwickeln sich erneut sehr positiv.

20 Minuten vom Düsseldorfer Flughafen, zwei Stunden von den Seehäfen in Rotterdam und Antwerpen, vier DB-Bahnhöfe und mit direktem Anschluss an die Autobahnen 40, 44 und 57 ist Krefeld mit allen Verkehrsmitteln und von überall aus schnell und gut zu erreichen. Ist man einmal dort, sind Fahrrad, Straßenbahn, Elektroroller und natürlich immer auch noch das Auto gern gesehene Verkehrsmittel. In Krefeld kommt man gut an, vor allem mit neuen Ideen, guten Konzepten. Und dann lässt sich dort auch noch wunderbar wohnen: mitten in der City, in tollen Stadthäusern,

in modernen Villen oder zwischen Roggenfeldern und Waldgebieten.

„Krefeld für Kinder“ ist Programm. Junge Väter und Mütter können Familie und Beruf in Krefeld gut miteinander kombinieren. Kitas, Ganztagsbetreuung, Vereine – alle ziehen an einem Strang. Jugendtheater, Musikschulen, Museumspädagogik und nahezu alle Sportarten sind auf Kinder eingestellt. Kein Wunder, dass Krefelder Jugendliche bei Jugend musiziert, Matheolympiade oder Sportmeisterschaften in allen denkbaren Disziplinen immer wieder auf dem Treppchen stehen.

Mies van der Rohe Business Park, Theaterplatz, Stadtbad Neusser Straße, Altes Klärwerk, Samtweberviertel – Stadorte mit großer Vergangenheit und noch mehr Zukunft. Hier bietet die Stadt einen schönen Perspektivwechsel und die Aufbruchstimmung ist überall deutlich spürbar. Und natürlich die Klassiker: die Galopprennbahn, die Krefelder Kunstmuseen, die Burg Linn, Dujardin, der Botanische Garten, das Deutsche Textilmuseum, der wunderbare Krefelder Zoo, das Dreispartentheater, das Haus der Seidenkultur, die Kulturfabrik, der Schlachthof, die Fabrik Heeder und die Krefelder Brauhäuser, Kneipen und Cafés.

Krefeld ist eine Stadt zum Entdecken, die mit dem Krefelder Perspektivwechsel gerade ihre eigene Urbanität neu entdeckt und sich über jeden Stadtentdecker freut.







### Isell Baldauf

hat das Difu Ende März 2019 verlassen. Sie war seit Februar 2018 im Projekt „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“ beschäftigt. Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit war sie u.a. mit der Konzeption und Produktion von Videos und Podcast-Folgen, der kommunikativen Begleitung von Veranstaltungen sowie der Durchführung von Aktionstagen im Rahmen der Kampagne „Wir können Klimaschutz“ betraut. Seit April 2019 ist Isell Baldauf bei der Denkfabrik und Beratungseinrichtung adelphi im Bereich Energieeffizienz und -kampagnen tätig.

### Vera Gutofski

war nach ihrer Ausbildung zur Mediengestalterin zunächst selbständig tätig und arbeitete anschließend viele Jahre in einem Berliner Softwareunternehmen. Dort wirkte sie als Projektassistentin an der Planung und Organisation im Bereich Übersetzungsmanagement mit. Nach ihrem Wechsel in die Marketingabteilung verantwortete sie u.a. die Gestaltung und Produktion von Marketingmaterialien. Seit Februar 2019 arbeitet Vera Gutofski als Assistentin in der Difu-Pressestelle, wo sie in die vielfältigen Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eingebunden ist – unter anderem auch in die Layouterstellung des Difu-Magazins Berichte.

### Dr. Sinje Hörlin

arbeitet seit Januar 2019 als Redakteurin im am Difu-Standort Berlin. Sie ist ausgebildete Übersetzerin und Lektorin und seit 1999 im Kommunikationsbereich aktiv. Ihre beruflichen Stationen umfassen Universitäten, Redaktionen und Verlage. Zuletzt arbeitete sie als Projektleiterin in einer Berliner Agentur, wo sie für das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Online-Kommunikation und Presse- und Medienarbeit im Rahmen einer Informationskampagne zur Fachkräftesicherung verantwortete. Sie hat an der TU Berlin zum Wandel der Arbeitswelt geforscht und am Fachbereich Kommunikations- und Mediensoziologie promoviert.

### Christine Krüger

hat das Difu nach sieben Jahren im Forschungsbereich Umwelt Ende März verlassen. Von 2012 bis 2019 leitete und prägte sie das Projekt „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“, das im Auftrag des Bundesumweltministeriums am Difu angesiedelt ist. Unter ihrer Führung konnte das SK:KK seine Reputation als kompetenter Ansprechpartner in allen Fragen des kommunalen Klimaschutzes und seine Vernetzung mit Klimaschutzakteur\_innen auf kommunaler, Länder- und Bundesebene signifikant ausbauen und seine Erfolge nachhaltig festigen. Auch in Zukunft bleibt Christine Krüger den Themen Klima und Umwelt treu: Sie wechselt als Bereichsleiterin für Klimapolitik, Anpassung und Finanzierung zur Zukunft – Umwelt – Gesellschaft gGmbH in Berlin.

### Ilka Müller

hat das Difu Ende März 2019 verlassen. Seit August 2017 war sie im Projekt „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“ im Bereich Öffentlichkeitsarbeit tätig. Mit themenspezifischen Publikationen, Tweets und Online-Formaten verschaffte Ilka Müller dem Thema kommunaler Klimaschutz mediale Aufmerksamkeit. Zudem verantwortete sie 2018 als Koordinatorin die Kampagne „Wir können Klimaschutz“ mit 16 Aktionstagen in 16 Kommunen im ganzen Bundesgebiet mit. Seit April 2019 arbeitet sie als Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Agentur für Erneuerbare Energien.

### Anne Roth

unterstützt seit Januar 2019 den Forschungsbereich Umwelt am Difu-Standort Köln. Sie studierte Umweltwissenschaften an der Leuphana Universität Lüneburg und arbeitet für das Difu in den Projekten „iResilience“, „Kommunale Klimabühne – Wettbewerb Klimaaktive Kommune“ und „Neue Impulse im Kommunalen Klimaschutz“. Nach ihrem Studium arbeitete Roth bei der Arbeitsgemeinschaft für sparsame Energie- und Wasserverwendung im VKU. Anschließend war sie im Bundesinstitut für Berufsbildung und unterstützte das BMBF in den Themenfeldern „Berufsbildung für Nachhaltige Entwicklung“ und „Übergang Schule-Beruf“. Bevor sie zum Difu wechselte, arbeitete sie beim Projektträger des Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum als wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Bereichen „Sozio-ökologische Forschung“ und „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“.

---

#### Abgebildete (v.l.n.r.)

Isell Baldauf (Foto: Berlin Professional School), Vera Gutofski (Foto: privat), Dr. Sinje Hörlin (Foto: Maria Conradi), Christine Krüger (Foto: Jennifer Rumbach), Ilka Müller (Foto: Jannika Bergold), Anne Roth (Foto: privat).



## Climate Smart City: Projektreise nach Indien

Im Rahmen des Climate-Smart-City-Projekts nahm Difu-Wissenschaftlerin Corinna Altenburg vom 19.2. bis 1.3.2019 an einer Projektreise nach Indien teil. Während eines dreijährigen Projekts unterstützt das Difu die Städte Kochi, Coimbatore und Bubhaneshwar in der klimafreundlichen Ausrichtung laufender Smart-City-Projekte. Gemeinsam mit dem National Institute of Urban Affairs, Neu Delhi, wird das Difu schwerpunktmäßig an der Entwicklung und Umsetzung von Trainingsmodulen sowie an Netzwerktivitäten zwischen indischen und deutschen Städten beteiligt sein.

➔ [www.bit.ly/2JupP9S](http://www.bit.ly/2JupP9S)

## Bevölkerungsbewegungen innerhalb der Städte

Genaue Kenntnisse über Wanderungsbewegungen in einer Stadt sind für städtische Planungsprozesse unverzichtbar. Grundlage hierfür sind Bewegungsdaten, die aus Pendel- und Umzugsstatistiken gewonnen werden. Das Difu und das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) entwickeln dafür das Planungstool „hin&weg“ weiter, mit dem sozialräumliche Veränderungen analysiert und visualisiert werden können. Der Projektauftakt fand am 7. März am Difu in Berlin im Rahmen eines Workshops mit Fachleuten aus Städtestatistik und Stadtplanung statt.

➔ [www.difu.de/12241](http://www.difu.de/12241)

## Teilnahme am Bochumer Stadtgespräch

Am 10. April nahm Difu-Wissenschaftler Maic Verbücheln als Referent und Podiumsdiskutant an einer Veranstaltung des seit 2000 stattfindenden Bochumer Stadtgesprächs teil. Das Thema des Abends waren Nachhaltige Gewerbegebiete. Weitere Podiumsteilnehmer waren Prof. Dr. Rolf Heyer, Wirtschaftsförderung Bochum sowie Dirk Schwindenhammer, Wirtschaftsförderung Meckenheim. Ziel der Veranstaltung war es u.a. einen Überblick über Strategien zur nachhaltigen Qualifizierung von Gewerbebeständen zu schaffen und beispielhafte Gewerbegebiete aufzuzeigen.

➔ [www.bit.ly/2X2tzqG](http://www.bit.ly/2X2tzqG)

## Difu bei Sitzung des Aktionsbündnisses Klimaschutz

Difu-Wissenschaftlerin Cornelia Rösler nahm am 12. April 2019 an der 8. Sitzung des Aktionsbündnisses Klimaschutz des Bundesumweltministeriums teil. Umweltministerin Svenja Schulze stellte Eckpfeiler des geplanten Klimaschutzgesetzes vor, die anschließend im Mittelpunkt der Diskussion standen. Ein weiteres wichtiges Thema war das Maßnahmenprogramm 2030 von dem vor allem auch andere Ressorts, wie Verkehr, Energie und Landwirtschaft, betroffen sind. Das BMU hatte das Bündnis 2015 mit Akteuren aller gesellschaftlichen Gruppen ins Leben gerufen.

➔ [www.bit.ly/2YBgstD](http://www.bit.ly/2YBgstD)

## Difu auf dem Fachkongress „Mobilitätswende“

Im Rahmen des Fachkongresses „Mobilitätswende – den Wandel gestalten“ am 8. Mai in Berlin, einer gemeinsamen Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, moderierte Difu-Wissenschaftler Tilman Bracher das Forum „Mobilität in Stadt und Region – neue Mobilitätsdienstleistungen und autonomes Fahren. Was nützt uns wirklich?“. Ziel war es, Herausforderungen der sich wandelnden Mobilität, besonders im Hinblick auf Beschäftigung und Wertschöpfung, mit Fachleuten aus Politik, Gewerkschaften, Verbänden und Wirtschaft zu diskutieren.

➔ [www.bit.ly/2JQxZcJ](http://www.bit.ly/2JQxZcJ)

## Difu und DEFUS arbeiten enger zusammen

Das Difu und das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS) haben eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Durch die Zusammenarbeit vertiefen beide Organisationen Wissensaustausch, Forschungskooperation und Zusammenarbeit in der Fortbildung. DEFUS ist der deutsche Zweig des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (Efus). Europaweit sind derzeit rund 250 Kommunen und Gebietskörperschaften aus 16 Ländern Mitglied. Im Rahmen des Städtenetzwerks tauschen sich die Mitglieder zu allen sicherheitsrelevanten Themen aus und erarbeiten länderübergreifend Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit.

➔ [www.bit.ly/2JG7He4](http://www.bit.ly/2JG7He4)

## Difu begleitet Prozess der Klimaresilienz in Köln

Wie ist es in Quartieren möglich, besser mit den Folgen des Klimawandels – wie Starkregen, Hitze, Trockenheit – umzugehen? Antworten auf diese Fragen sowie neue Wege der Zusammenarbeit in der kommunalen Klimavorsorge diskutierten die Difu-Wissenschaftler\*in Anne Roth und Jens Hasse am 24. Mai in Köln mit den Teilnehmer\*innen der ersten Veranstaltung im „Reallabor Köln-Deutz“. Das Difu wird als Verbundpartner ab Juni den Prozess der kooperativen Entwicklung einer Roadmap für ein klimasmartes Quartier im Stadtteil begleiten.

➔ [www.difu.de/12505](http://www.difu.de/12505)

➔ [www.bit.ly/2Wak0B7](http://www.bit.ly/2Wak0B7)

## Strategien zur Deckung des Fachkräftebedarfs

Der Handlungsdruck durch Fachkräftemangel ist in vielen Kommunen groß, für die Entwicklung passgenauer Handlungsstrategien bleibt wenig Zeit. Das Difu unterstützt Kommunen bei der Bewältigung dieser Herausforderung und lud Fachleute aus Kommunalverwaltungen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Verbänden und Stiftungen am 20. Mai zum Gespräch „Arbeitgeber ‚Konzern Kommune‘ – zwischen Fachkräftebedarf und neuen Anforderungen der Arbeitswelt 4.0“. Ziel war es, zentrale Handlungsfelder und innovative Lösungen zur Deckung des Fachkräftebedarfs in Verwaltungen und in kommunalen Unternehmen zu erschließen. Zudem diente der Austausch dazu, Partner zu finden, die gemeinsam mit dem Difu an der Weiterentwicklung solcher Strategien mitwirken möchten. Interessenten sind herzlich eingeladen, sich zu beteiligen. Kontakt: Dr. Henrik Scheller, [scheller@difu.de](mailto:scheller@difu.de).



## Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, öffentlich zugängliche Online-Publikationen und viele weitere kommunalbezogene Informationen zu finden. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an diese exklusiven Infos über die Rubrik „Extranet“. Im Berichte-Heft sind Exklusiv-Inhalte mit dem Symbol  gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -Verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:  
 [www.difu.de/extranet/](http://www.difu.de/extranet/)

Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:  
 [www.difu.de/institut/zuwender](http://www.difu.de/institut/zuwender)

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme mit dem Umgang oder Fragen bestehen, so unterstützt der Bereich Wissensmanagement des Difu gern bei der Herstellung des Zugangs:

Susanne Plagemann, M.A.  
+49 30/39001-274  
[plagemann@difu.de](mailto:plagemann@difu.de)

## Veröffentlichungen zum Download

Difu-Berichte 2/2019  
 [www.bit.ly/2EKqGzT](http://www.bit.ly/2EKqGzT)

Mobilitätsstationen in der kommunalen Praxis Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem BMU-Forschungsprojekt City2Share und weiteren kommunalen Praxisbeispielen  
 [www.difu.de/12601](http://www.difu.de/12601)

Ausgezeichnete Praxisbeispiele 2018 Klimaaktive Kommune 2018. Ein Wettbewerb des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Instituts für Urbanistik  
 [www.difu.de/12591](http://www.difu.de/12591)

Fokus: Klimaschutzfonds, Crowdfunding und Sponsoring – Wie alternative Finanzierungswege Klimaprojekte möglich machen  
 [www.difu.de/12587](http://www.difu.de/12587)

Mobilität nachhaltig planen Erfolge und Hindernisse in deutschen Städten – Ergebnisse einer Umfrage zu kommunalen Verkehrsentwicklungsplänen  
 [www.difu.de/12584](http://www.difu.de/12584)

Sicherheit und Vielfalt im Quartier Herausforderungen für Kommunen und Beispiele aus der Praxis  
 [www.difu.de/12581](http://www.difu.de/12581)

OB-Barometer 2019 – jährliche Difu-Umfrage  
 [www.difu.de/12578](http://www.difu.de/12578)

Fokus: Workshop-Methoden für die kommunale Praxis – Tipps für Klimaschutzaktive  
 [www.difu.de/12534](http://www.difu.de/12534)

Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen  
 [www.difu.de/12522](http://www.difu.de/12522)

Fokus: Die ersten 100 Tage als Klimaschutzmanager\_in – Tipps für einen gelungenen Einstieg  
 [www.difu.de/12511](http://www.difu.de/12511)

## Veranstaltungsdokumentationen und Vorträge

Mobilität der Zukunft  
  [www.difu.de/12571](http://www.difu.de/12571)

Automatisiertes Fahren in Städten – Chance für den Verkehr oder Kollaps?  
  [www.difu.de/12181](http://www.difu.de/12181)

Demografischer Wandel – alle Probleme gelöst?  
  [www.difu.de/12570](http://www.difu.de/12570)

Beteiligung bei kommunalen Verkehrsprojekten  
  [www.difu.de/12517](http://www.difu.de/12517)

24. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement  
  [www.difu.de/12572](http://www.difu.de/12572)

Biologische Vielfalt im Siedlungsbereich  
  [www.difu.de/12501](http://www.difu.de/12501)

Neue Fahrradverleihsysteme – Fluch oder Segen?  
  [www.difu.de/12512](http://www.difu.de/12512)

Produktive Stadt – neue Chancen für nachhaltige urbane Quartiere?  
  [www.difu.de/12506](http://www.difu.de/12506)

Neue Ideen finden Stadt! – Neue Kooperationen von Kommune, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Forschung für soziale Innovation  
  [www.difu.de/12480](http://www.difu.de/12480)

Klimapolitik zur Hälfte der Legislatur: Was braucht die Berliner Wirtschaft?  
  [www.difu.de/12432](http://www.difu.de/12432)

Bauen und Wohnen in Berlin  
  [www.difu.de/12491](http://www.difu.de/12491)

Kommunikation rund um das Thema Parken  
  [www.difu.de/12452](http://www.difu.de/12452)



### Presseresonanz – das Difu in den Medien:

In den nachfolgenden Beiträgen wurde das Difu erwähnt – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen direkt zu den Beiträgen.

### Märkische Onlinezeitung, 30.5.2019 Leben in der Kleinstadt: „Inszenierung des Gegeneinanders“

Leben in der Kleinstadt galt, im Gegensatz zu dem in den Metropolen, als spießig, muffig, abgehängt. Neuerdings wird genau solch ein Leben idealisiert.

➔ [www.bit.ly/30XOXfo](http://www.bit.ly/30XOXfo)

### ZEIT ONLINE, 18.5.2019 „E-Tretroller werden den Autoverkehr kaum reduzieren“

Nach Car- und Bikesharing kommen nun die E-Tretroller. Autos ersetzen diese Angebote nicht, sagt Verkehrsforscher Tilman Bracher. Die Umwelt profitiert trotzdem.

➔ [www.bit.ly/2HCKTsd](http://www.bit.ly/2HCKTsd)

### Handelsblatt, 13.5.2019 Wohnungsbau wichtigstes Thema für Städte in Deutschland

Schaffung bezahlbaren Wohnraums treibt Bürgermeister aktuell am meisten um. Zwei Drittel der Teilnehmer einer Bürgermeister-Umfrage des Difu nannten den Wohnungsbau als eines der wichtigsten Handlungsfelder für ihre Stadt.

➔ [www.bit.ly/313WUQj](http://www.bit.ly/313WUQj)

### DEMO online, 13.5.2019 Wohnungsmangel ist die dringlichste Herausforderung

Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen ist nach Meinung der Bürgermeister die derzeit wichtigste Aufgabe der Städte. Das „OB-Barometer 2019“ zeigt: Die Prioritäten haben sich gegenüber 2018 deutlich verschoben.

➔ [www.bit.ly/2VDSRLt](http://www.bit.ly/2VDSRLt)

### Deutsche Welle, 11.5.2019 Smart City: Städte werden digitaler

Digitale Stadtverwaltungen, vollautomatisierter Verkehr, energieeffiziente Gebäude: Die Stadt von morgen wird intelligent sein. Das Projekt Klimastraße zeigt im Kleinen, was es bedeutet, eine Stadt digital aufzurüsten.

➔ [www.bit.ly/2VZZ9Ev](http://www.bit.ly/2VZZ9Ev)

### NDR, 26.4.2019 die nordstory – Die junge Idee von der Alten-WG

Es ist ein Trend: Immer mehr Menschen suchen im Alter nach Wohn-Alternativen. Die Angst vor einem Leben im Alten- oder Pflegeheim und die Sehnsucht nach Geselligkeit sind dabei der wesentliche Antrieb.

➔ [www.bit.ly/2WI3ejN](http://www.bit.ly/2WI3ejN)

### SWR2, 24.4.2019 Radler verändern den Verkehr

In den vergangenen zehn Jahren hat sich in deutschen Großstädten der Anteil der Radfahrer verdoppelt. Die Infrastruktur in den Städten ist damit jedoch überfordert.

➔ [www.bit.ly/2WIOKA5](http://www.bit.ly/2WIOKA5)

### Märkische Allgemeine Zeitung, 23.4.2019 Potsdam: Stadt prüft Vorkaufsrecht für Bauland

Die Potsdamer Bauverwaltung will sich die Planungshoheit für den Außenbereich sichern. Dafür untersucht die Stadt ein neues Instrument, das auch andere wachsende Städte anwenden – den Baulandbeschluss.

➔ [www.bit.ly/2HfO3D4](http://www.bit.ly/2HfO3D4)

### Deutschlandfunk, 17.4.2019 Droht eine „graue“ Wohnungsnot?

Noch nie war Wohnraum in Deutschland teurer als heute. Vor allem in Großstädten und Ballungsräumen sind die Mieten enorm gestiegen. Bezahlbarer Wohnraum wird zur Mangelware. Betroffen sind alle Gesellschaftsschichten und Altersgruppen. Doch besonders für Senioren ist die Situation prekär.

➔ [www.bit.ly/2H0EFnj](http://www.bit.ly/2H0EFnj)

### ZDF – planet e, 14.4.2019 Auto adé!

Blechlawinen wälzen sich durch die Städte. Schadstoffe und Lärm machen krank. Treibhausgasheizen das Klima an. Müssen unsere Autos raus aus der Stadt?

➔ [www.bit.ly/2GkrbSC](http://www.bit.ly/2GkrbSC)

### DIE ZEIT, 4.4.2019 Im Zucchini-Funkloch

Mobilfunk gibt es nur dort, wo ein Sendemast steht. Damit fängt der Ärger schon an – und manchmal verhindert ökologisches Gemüse den Bau von Antennen.

➔ [www.bit.ly/2UYweMq](http://www.bit.ly/2UYweMq)

### Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.4.2019 Warum die Städte im Ruhrgebiet verarmen

Eine neue Studie hat ermittelt, dass Armut in deutschen Großstädten verbreiteter ist als im ländlichen Raum. Forscher Sebastian Köllner erklärt, woran das liegt – und um welche Städte es besonders schlecht steht.

➔ [www.bit.ly/2ZWkv54](http://www.bit.ly/2ZWkv54)

### Rheinische Post, 5.3.2019 Leben im Schukkarton

In Zeiten steigender Mieten und knappen Wohnraums sucht man nach Lösungen. Eine Möglichkeit: Leben auf minimaler Fläche.

➔ [www.bit.ly/2Zh9B9n](http://www.bit.ly/2Zh9B9n)

### ZDF – heute journal, 27.2.2019 Bauen auf neuen Wegen

Wohnen auf Berlins Dächern, Discountern und Parkhäusern? Einer Studie nach könnten dort in relativ kurzer Zeit rund 1,1 Millionen Wohnungen zusätzlich entstehen. Auch andere Orte mit Wohnraummangel oder knappem Bauland könnten davon profitieren.

➔ [www.bit.ly/2VIMtBO](http://www.bit.ly/2VIMtBO)

### Der Neue Kämmerer, 20.2.2019 Gleichwertige Lebensverhältnisse: Ansätze und Strategien

Wie lässt sich die Transformation der Daseinsvorsorge inklusiv gestalten? Wie können Kämmerer diesen Prozess begleiten? Darüber haben Experten auf dem 2. Kölner Symposium „Integrierte Infrastruktur- und Finanzplanung. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Zeiten urbaner Transformation“ diskutiert.

➔ [www.bit.ly/2Je5Plk](http://www.bit.ly/2Je5Plk)

### taz, 14.2.2019 Da ist noch Luft nach oben

Was kann man Investoren zumuten? In Freiburg müssen private Bauherren 50 Prozent Sozialwohnungen bauen, in Berlin sind es nur 30 Prozent.

➔ [www.bit.ly/2IVQ2i5](http://www.bit.ly/2IVQ2i5)

### Handelsblatt, 2.4.2019 Das Ruhrgebiet wird zur Armutsmetropole

Während sich der Osten Deutschlands erholt, wächst im Ruhrgebiet die Armut deutlich, zeigt eine Bertelsmann-Studie. Viele Bürger sehen das Problem auch in anderen Städten.

➔ [www.bit.ly/2Li1kiJ](http://www.bit.ly/2Li1kiJ)



Deutsches Institut  
für Urbanistik

Deutsches Institut  
für Urbanistik gGmbH  
Zimmerstraße 13-15  
10969 Berlin  
Tel. +49 30 39001-0  
[difu@difu.de](mailto:difu@difu.de)  
[www.difu.de](http://www.difu.de)

